

**Annoncen-Annahme-Bureau:**  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Krupski (G. H. Krici & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedhofstr. Ecke 4;  
in Grah bei Herrn F. Streisand;  
in Frankfurt a. M.:  
G. F. Naube & Co.

Nr. 522.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-  
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz  
Preußen 1 Thlr. 2½ Sgr. — Bestellungen  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 6. November

(Erscheint täglich zwei Mal.)

**Annoncen-Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen:  
Kudolph Wolff;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel:  
Haasenstein & Vogler;  
in Berlin:  
A. Klemmeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Kahlitz.

Inserate 2 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder  
deren Raum, dreigealtene Zeilen 5 Sgr., sind  
an die Expedition zu richten und werden für die an  
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10  
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

## Beamtenwohnungen.

Bekanntlich hatte auf dem Eisenacher Kongress der Herr Geheimrath Engel in seinem Vortrage über die Wohnungsnoth u. A. vorge-  
schlagen, Staat und Gemeinden möchten, statt Servisgelder zu zahlen,  
für ihre Beamten Dienstwohnungen bauen. Auch ein anderes Mit-  
glied der Eisenacher Versammlung, Herr Geheimrath Professor No-  
scher in Leipzig ist diesen Vorschlägen beigetreten, und zwar in einer  
Abhandlung, welche in der Wochenschrift „Im neuen Reich“ veröffent-  
licht ist. Der gelehrte Nationalökonom sagt daselbst u. A.:

„Die Blüthe der Universität Leipzig wird in nicht geringem Grade  
unterstützt durch den ansehnlichen städtischen Grundbesitz der Anstalt,  
welcher abgesehen von 13 Quartieren der Assistenten, 34 der Haus-  
männer u. c., ihren sämtlichen Professoren und diesen ähnlich gestellten  
Beamten größere oder kleinere Familienwohnungen bieten könnte.  
Diese liegen zum Theil in den Gebäuden der akademischen Institute  
selbst, zum größten Theil in der Nähe der hauptsächlichsten Auditorien,  
Sammlungen u. c. und gewähren ihren Bewohnern eine Raum-  
bequemlichkeit, eine Wohnsicherheit, eine Leichtigkeit des Verkehrs mit  
wissenschaftlichen Freunden und Apparaten, wie sie meist nur in klei-  
nen Universitätsorten vorkommt, während Leipzig doch übrigens alle  
Vorteile großstädtischen Lebens genießt. Wie glücklich müßte sich die  
berliner Universität schätzen, wenn dort ein Quartier latin bestände,  
welches die akademischen Anstalten und die Amtswohnungen der meisten  
Professoren umfasse und in dessen Nähe dann auch die Mehrzahl der  
Studirenden wohnen würde! Privatpersonen, welche neu in die gro-  
ßen Städte ziehen und nun von der dortigen Wohnungsnoth mitbe-  
troffen werden, müssen sich sagen, daß nur ihr eigener Entschluß sie  
zum Eintritt in das Gedränge, ja zur Steigerung desselben veranlaßt  
hat. Privatpersonen, welche schon seit längerer Zeit in der Stadt  
leben, werden wenigstens vom Staate nicht abgehalten, aus dem  
Gedränge auszutreten. Bei Staatsbeamten hingegen ist der Staat  
selbst, bei Gemeindebeamten die Gemeinde selbst Ursache, weshalb sie  
nicht fortziehen können, sowie vorher die Ursache, weshalb sie einziehen  
mußten. Wie wäre es nun, wenn in allen von der Wohnungsnoth  
bedrängten Orten Staat und Gemeinde wenigstens für ihre ständigen  
Beamten feste Naturalquartiere einrichteten, durch Ankauf, besser noch  
durch Neubau von Häusern? Sie hätten damit erreicht, was in der  
Kirche seit unvorstellbarer Zeit besteht und da für ganz unentbehrlich  
gilt. Aber wie soll man die Mittel zu einem solchen Bau von Amts-  
wohnungen in großer Zahl herbeischaffen? Im deutschen Reiche ist  
die Antwort auf obige Frage jetzt wesentlich erleichtert durch die fran-  
zösische Kriegskontribution. — Kein Geistesstarker wird sich ver-  
hehlen, daß der Empfang einer Kriegskontribution, welche die Kriegs-  
kosten und Schäden beträchtlich übersteigt, also eine positive Bereiche-  
rung des Volks bewirkt, mit großer Gefahr des politischen und sittli-  
chen Volkslebens verbunden sein kann. Der zweckmäßig geleitete Neu-  
bau von Beamtenwohnungen wäre entschieden ratsam, obgleich tha-  
tächlich auch in ihm eine Schuldtilgung, eine Kapitalanlage, ein Vor-  
schuß zu erblicken wäre. Denn natürlich würde man den Geldbetrag  
der Beamtengelder um den Zinsbetrag des für den Bau der Na-  
turalwohnung aufgewandten Kapitals vermindern. Ich halte dies für  
so wichtig, daß ich in Ländern, welche einen guten Staatskredit be-  
sitzen, welche also wohlfeil borgen können, ohne doch über solche außer-  
ordentliche Hilfsmittel zu verfügen, wie Deutschland jetzt über die  
ordentliche Kriegskontribution: daß ich hier selbst eigene Staatsan-  
leihen zur Durchführung des erörterten Zweckes wohl indizirt glauben  
würde. Solche Anlage des erborgten Kapitals wäre nicht weniger  
produktiv als die zum Bau von Eisenbahnen.“

Gegen den Artikel des Professor Nocher bringt das „Bremer  
Dankeblatt“ von Herrn Klausold in Hamburg eine Entgegnung,  
unter der drastischen Ueberschrift: „Umkehr der Wissenschaft.“ Herr  
Klausold sagt:

Die Umkehr der Wissenschaft nenne ich das . . . die Rückkehr von  
der Geldwirtschaft zur Naturalwirtschaft, wenn man im Prinzip  
die theilweise Befolgung von Staatsdienern durch Herstellung von  
Amtswohnungen empfiehlt. Ich sage: im Prinzip, denn um den Streit-  
punkt klar zu stellen, ist es nützlich, vor allem die Ausnahmen auszu-  
scheiden. Daß ein Festungskommandant eine Amtswohnung haben  
muß, versteht sich von selbst und so giebt es noch eine ganze Reihe von  
Fällen, wo der Mann Tag und Nacht auf dem Posten sein und eben  
deshalb auf dem Posten schlafen und wachen muß. Gehen wir nun  
gleich an die Universitäten . . . Ich bin nämlich in Leipzig gewesen,  
und habe da das herrliche Institut und die herrliche Privatwohnung  
eines Freundes gesehen, der Professor und Direktor des betreffenden  
Instituts ist. Etwas Behaglicheres kann man sich nicht denken als  
diese Wohnung, und sicher werden diese hohen lichten Räume mit dazu  
beitragen, daß der Geist des Bewohners in freier Schwung sich zu  
erheben fortfährt. Auch ist es gewiß gut, daß er in unmittelbarer  
Nähe der von ihm geleiteten wissenschaftlichen Anstalt wohnt — aber  
würde der Mann die Wohnung ihrem Werthe nach bezahlen, wenn er  
sie bezahlen müßte? Ich tadle es nicht, daß die Universitätsverwaltung  
nicht sagt: „Die Wohnung wäre auch für zwei Familien groß genug  
und wir wollen die Hälfte davon abtrennen; aber luxuriös ist die  
Einrichtung und nur zu erklären und zu rechtfertigen aus den höheren  
Gesichtspunkten, welche die sächsische Regierung dormalen bei der Be-  
förderung der Blüthe ihrer akademischen Anstalten leitete.“ Ich habe  
die Ausnahmen genannt, wo ein Mann in seinem Geschäftslokal woh-  
nen soll und wohnen darf; ich füge noch den Nothfall hinzu, wo ein  
Beamter an einem kleinen Orte keine passende Wohnung finden kann,  
und wo ihm der Staat eine solche verschaffen muß. Damit bin ich  
zu Ende.“

Aber wie: wenn der zuletzt erwähnte Nothfall nicht an einem  
kleinen, sondern an einem großen Orte eintritt? Freilich wird das  
nicht sowohl wegen absoluten Mangels an „passenden“ Wohnungen  
der Fall sein, sondern nur weil der betreffende Beamte die ortsübliche  
Miethe nicht bezahlen kann; aber gleichviel, der Staat wird  
in dem einen wie in dem anderen Falle für das Wohnungs-  
bedürfnis seiner Beamten sorgen müssen. Die Frage über das „Wie“  
will nun Herr Klausold prinzipiell dahin entschieden wissen, daß der  
Staat nur dort Naturalquartiere schafft, wo es an Wohnungen fehlt,  
im Uebrigen aber sich mit Servisgeldern begnügt, weil er sonst aus  
der „Geldwirtschaft“ in die glücklich überwindene „Naturalwirtschaft“  
zurückfallen würde. Er sagt:

„Ich behaupte zunächst, es giebt nichts verschiedeneres als das  
Wohnungsbedürfnis von Familien, und deshalb ist es unrichtig, für  
Lehrer Wohnungen zu bauen und den Inhabern der letzteren die freie  
Wahl der letzteren zu entziehen. Ein Beispiel sei erlaubt. Zu den  
Säulen des Hamburger Johanneums gehört eine Anzahl neugebauer,  
mit allem bürgerlichen Komfort eingerichteter Häuser, von denen jedes  
als Amtswohnung eines der Professoren dienen soll. Vor wenigen  
Jahren waren fast alle von den Berechtigten nicht benutzt, sondern  
anderweit vermiethet. . . . Wird aber das Bedürfnis des Einzelnen  
durch Amtswohnungen schlecht bedient, so wird die Ordnung des  
Ganges, der Staatshaushalt, dadurch gestört. Man denke sich für  
einen Staat von der Ausdehnung Preußens die Masse der nach der  
Koscher'schen Idee erforderlichen Gebäude, die alle im Bau und  
Besserung mit Rücksicht auf die Wünsche der Inassen erhalten werden  
sollen. Welche Ungleichheiten werden da vorkommen, welche Verschieden-  
heiten zu Unordnungen? Man wird sich des Hassenpfluges Prozesses  
erinnern. Und wie viel Unzufriedenheit in den Kreisen derer, die noch  
nicht in die Praxen aufgenommen sind? Denn darüber mache  
man sich keine Illusionen, die Wohnungen werden entweder zu  
gleichem Preise wie Privatwohnungen vermiethet — dann sind sie  
überflüssig — oder sie werden unter dem Preise vergeben, dann sind

sie eine Ungerechtigkeit. Ist da das System der Servisgelder nicht  
bei weitem empfehlenswerther?“

Hierzu bemerkt die „Nisse-Zeitung“:

In alledem liegt unzweifelhaft sehr viel Wahres — so viel, daß  
daraus ohne Weiteres die Nothwendigkeit hervorgeht, mit den etwaigen  
Schritten zur Ausführung des Koscher'schen Vorschlages sehr vorsichtig  
zu sein. Andererseits ist die Kritik des Herrn Klausold insofern ein-  
seitig, als er die auch mit den Servisgeldern verbundenen Uebelstände  
unerwähnt läßt. Daß sie an den Orten, wo die Miethe in rascher  
Steigerung begriffen sind, zur Beförderung dieser Steigerung beitragen,  
ist gewiß. Und was die Ordnung im Staatshaushalt betrifft, so wird  
sie doch auch recht erheblich erschwert, wenn die Servisgelder je nach  
dem Schwanken der Miethepreise fortwährend verändert werden  
sollen, wie es doch nöthig ist, wenn sie ihrem Zweck, die Beamten  
von dem Schwanken der Miethepreise unabhängig zu machen, ent-  
sprechen sollen.

Das Dilemma, in welchem wir uns hiernach dieser Frage gegen-  
über befinden, ist, unserer Meinung nach, nicht prinzipiell zu lösen;  
oder vielmehr die eigentliche Schwierigkeit seiner Lösung entsteht erst  
dadurch, daß man versucht, die Frage der Beamten-Wohnungen durch  
eine unmittelbare Anwendung des Prinzips der Geldwirtschaft im  
Gegensatz zur Naturalwirtschaft zu beantworten, während doch das  
gesammte Beamtenwesen, mit seinen fixirten Besoldungen und seinem  
Ausschluß der freien Konkurrenz, innerhalb des wirtschaftlichen Ge-  
triebes eine abgesonderte Stellung einnimmt. Stellt also Herr Klausold  
die „prinzipielle“ Forderung der Herstellung von Beamten-Wohnun-  
gen, so hat Herr Klausold ihm gegenüber Recht mit seinen aus der  
Praxis der Naturalquartiere hergenommenen Einwendungen; will  
aber Herr Klausold daraus den Schluß ziehen, daß die Beamten-  
Wohnungen prinzipiell zu verwerfen seien, so gilt ihm gegenüber der  
Nachweis, daß die Herstellung solcher Wohnungen für gewisse Beam-  
tenkategorien an manchen Orten das einzige Mittel bilden wird, um  
die Inhaber der betreffenden Beamtenstellen vor dem wirtschaftlichen  
und moralischen Vorfalle zu bewahren, ohne die Gehälter so zu  
erhöhen, daß dadurch das hergebrachte Verhältnis zwischen den ver-  
schiedenen Beamtencategorien auf den Kopf gestellt und die betreffen-  
den Theile des Budgets in ein endloses Schwanken gebracht werden.  
Das Richtige scheint uns allein, daß der Staat die Frage der Beam-  
tenwohnungen ähnlich behandelt, wie der Fabrikant die Frage der  
Arbeiter-Wohnungen. Im Allgemeinen ist es gewiß nicht richtig, daß  
die Arbeiter in Häusern wohnen, welche dem Fabrikanten gehören;  
wenn aber andere Häuser in angemessener Nähe bei der Fabrik nicht  
disponibel sind, oder wenn die Wohnungen darin zu theuer werden,  
so wird der Fabrikant wohl oder übel die Sorge für das Wohnungs-  
bedürfnis seiner Arbeiter selbst in die Hand nehmen müssen, und oft  
genug wird ihm dabei nichts Anderes übrig bleiben, als daß er selbst  
die Häuser baut und sie den Arbeitern „billig“ vermiethet. Wollte er  
davor zurückweichen, weil darin ein Nachtheil in die Natural-  
wirtschaft liegt, so würde ihm meist nichts übrig bleiben, als seine  
Fabrik zu schließen.

## Deutschland.

2 Berlin, 5. November. Der „Staatsanzeiger“ bringt an der  
Stelle, wo man den Parischub annonziert zu sehen wünscht, vor-  
läufig nur die Ergebnisse der Hofsagden. Nachdem inzwischen die  
authentischen Listen der namentlichen Abstimmungen aus dem Herren-  
haus erschienen sind, springt für Jedermann klar in die Augen, daß  
der Fall der Kreisordnung nicht durch das Kratjunkerthum, sondern  
durch den begüterten Adel aus der Hofgesellschaft entschieden worden  
ist. Unter den 23 Herren, welche f. B. für das Schulaufsichtsgesetz,  
jetzt aber gegen jede Kreisordnung stimmten, befinden sich nicht weniger  
als 9 Kammerherren und oberste Hofbeamte. Zu den ohne Entschul-

## Theater.

Zum ersten Male in der laufenden Saison sahen und hörten wir  
gestern Auber's komische Oper „Der Maurer und der Schlosser“. Sie  
entspricht freilich nicht mehr den Anforderungen, welche unsere Zeit an  
ein musikalisches Drama stellt, aber sie hat in ihrem altväterischen  
Wesen einen gewissen Anstrich von Lebenswürdigkeit, der von wohl-  
thuendster Wirkung ist. Das Libretto ist nicht unsinniger als die Li-  
brettis vieler moderner Opern, auch die Wagner'schen nicht aus-  
genommen, und die Musik hat einige Glanzpunkte, welche mit allem Ueber-  
gen sehr wohl zu versöhnen im Stande sind. Dazu gehört das rei-  
bende Duett zwischen Roger und Henriette im ersten Akt, in welchem  
der liebeglühende Maurer einen nicht unbedeutenden Kampf mit der  
Erwählten seines Herzens zu bestehen hat, und die Arbeitszene des  
Maurers und des Schlossers im zweiten Akt. Anmuthig ist außerdem  
das coupletartige Klagelied der Henriette im Anfang des dritten Aktes  
über den scheinbar ungerathenen Mann. Die Aufführung genügt re-  
lativen Ansprüchen. Herr Winter wußte den braven herzensguten  
Maurer gesanglich und mimisch recht wohl zur Geltung zu bringen und  
Frau Borchert als Gattin des Maurers erfreute durch frischen Ge-  
sang und zierlich dezent Darstellung. Ihrer Henriette war zugleich  
ein ungekünstelt naiver Zug eigen, der ebenso sehr den Intentionen des  
Komponisten entspricht, wie er freundlich auf die Zuschauer und Zuhö-  
rer wirkt. Herrn Leon de Meriville war dagegen ein recht steifer  
empfindungsloser Kavalier und auch die junge Griechin Irma ver-  
mochte uns nicht zu erwärmen. Sie brachte ihre Liebesgefühle so ru-  
sig zum Ausdruck, daß man an ihrem Vorhandensein überhaupt zweif-  
eln konnte. Dem Schlosser Baptista und der Mad. Bertrand konnten  
wir zu unserem Bedauern gar keinen Geschmack abgewinnen; das Spiel  
der Beiden ließ an Grobkönnigkeit nichts zu wünschen übrig, und über  
ihren Gesang schweigt des Kritikers Höflichkeit. Hr. G. Lomme leistete  
wohl in gesanglicher, wie schauspielerischer Beziehung wie immer sehr  
Anerkennungswerthes. Sein „Mica“ war zugleich der einzige Türlé,  
welcher in einigermaßen entsprechendem Kostüm erschien. Die übrigen  
Söhne des Orients amüsirten uns durch ihre unverkennbare Vorliebe  
für abendländische Garberobe nicht wenig, welche sich in der Wahl von  
modernen Röcken, Hüten, Chemisettes und Halsbinden dokumentirte.

## Der neue Potsdamer Bahnhof in Berlin

ist am 1. November seiner Bestimmung übergeben und dem Verkehr  
eröffnet worden. Das kolossale Bauwerk, welches vom Baumeister  
Sillich ausgeführt worden, zeichnet sich eben so sehr durch Eleganz,  
wie durch die überall zu Tage tretende vortheilhafte Ausnutzung des  
Raumes aus. Sehr deutlich erhebt dies aus einer von der „D. St. Z.“  
unternommenen Rundschau in dem stattlichen Gebäude. Die nach der  
Königsgräberstraße gelegene stattliche Hauptfront mit ihrer Säulen-  
halle wird den Eingang des Publikums zu den Extrazügen nach Pots-  
dam und den Zügen der Verbindungsbahn bilden. Der Perron dazu  
läuft in der Mitte der großen Ab- und Aufahrtshalle zwischen den  
beiden Schienensträngen entlang. Die Bilettkasse dazu kommt inner-  
halb der Halle zu stehen. Diese schließt sich an das Hauptgebäude in  
einer Länge von 548 Fuß und einer Breite von 114 Fuß an, und ist  
ganz mit einer kolossalen Glaswölbung auf Eisenkonstruktion über-  
deckt, die zur Beleuchtung in der Mitte 11 riesige Gasföhrnen trägt.  
Rechts (Seite nach der Linkstraße) läuft der Perron zur Abfahrt für  
die weiter gehenden Züge an den Wartesälen entlang. Die Aufahrt  
der Droschken und der Eintritt des Publikums geschieht durch die auf  
dieser Seite im Souverain gelegene große Mittelhalle. Links in dieser  
sind die Bilettkassen, rechts die Gepäck-Ausgabe. Das Gepäck wird  
aus den betreffenden Räumen durch hydraulische Aufzüge zum Perron  
gehoben, ebenso die Fracht der Post, die ihre Annahmestelle rechts im  
Souverain der Hauptfront und einen unter dem Perron hinlaufenden  
Bäckerei-Tunnel hat. Aus der Biletthalle steigt das Publikum  
auf breiter Doppeltreppe zu dem Perron und den Wartesälen empor,  
die links für die dritte und vierte Klasse, rechts für die erste und  
zweite Klasse liegen, letztere mit einem besonderen Speisesaal versehen.  
An allen diesen Sälen befinden sich Toilettenräume. An den Speisesaal  
stoßen, mit einer besonderen Aufahrt von außen, die zur Aufnahme  
der königlichen Herrschaften bestimmten drei, prachtvoll mit Stucka-  
turen, Marmor und Vergoldungen decorirten Salons. Dahinter  
liegen Bureau der Bahn. Die Abfahrt der ankommenden Droschken  
geschieht nach der Linkstraße, Durchbruch des Hauses Nr. 14. Die  
Südseite des Bahnhofes (nach der Köthnerstraße zu) bildet die An-  
kunftshalle. Zunächst befinden sich auch hier die Salons für die könig-  
lichen Herrschaften; weiterhin ein Wartesaal für das Publikum, die  
Räume zur Gepäck-Ausgabe und die Steuer-Expedition. Der Aus-

tritt des Publikums erfolgt durch das Mittelportal oder auf der Süd-  
seite, wohin mehrere Thüren sich öffnen. Hier befindet sich eine Drosch-  
kenhalle für 50 Wagen, die ihre Einfahrt von der Köthnerstraße her  
nehmen und entlang des Gebäudes nach der Königsgräberstraße abfah-  
ren. Hallen und Räume sind von mehr als 1000 Gasflammen be-  
leuchtet. Im Innern der Abfahrtshalle befinden sich zwei Stock hoch  
Wohnungen für die Beamten. Das Hauptgebäude hat links im Sou-  
verain die Druckerei, im Parterre ist die Hauptkasse und das tech-  
nische Bureau. Die erste Etage enthält 2 Wohnungen für Direktoren,  
die zweite die Direktorial-Bureau.

## Die angebliche Entdeckung der Nilquellen.

In Petermann's geographischen Mittheilungen tritt E. Behm den  
Nachweis an, daß Livingstone nicht, wie er selbst glaubt, die Quellen  
des Nil, sondern den oberen Lauf des Congo entdeckt habe. Behm  
schließt aus dem Vergleich der Regengänge und Flußquellen, daß  
Livingstone's Qualaba keinem der nordhämipharischen Ströme ange-  
hört, auf der Südhemisphäre besitzt aber Afrika nur den Congo, wel-  
cher die gewaltige Wassermasse des Qualaba aufzunehmen vermöchte.  
Daraus folgt noch nicht unbedingt, daß der Qualaba ein Arm des  
Congo ist, denn er könnte in einen Binnensee ohne Ausfluß fallen.  
Es haben schon englische Geographen darauf hingewiesen, daß ein  
Binnensee ohne Ausfluß in der feuchten Aequatorialzone nicht wohl  
anzunehmen sei, da die enorme, vom Qualaba zugeführte Wassermasse  
nicht verdunsten könne. Es müßte jedenfalls ein gewaltiges Binn-  
meer, mindestens ein Kaspi-See sein, und ein solches würde so viel  
von dem noch nicht bekannten Raume wegnehmen, daß dem Congo  
ein zum Sammeln seiner riesigen Wassermasse durchaus unzulängliches  
Areal verbleiben würde. Bis jetzt liegt nicht die mindeste Andeutung  
von einem Binnensee ohne Ausfluß vor, die Annahme eines solchen  
erscheint daher durchaus müßig, um so mehr, als alle vorhandenen  
Beobachtungen auf die Zusammengehörigkeit des Congo und Qualaba  
hinweisen. Livingstone selbst erfährt von einem Eingeborenen, man  
glaube, daß der Qualaba nach Angola fließe. Ferner erfährt Living-  
stone, daß der große Strom Loet durch den Lincoln-See in den Qua-  
laba gehe, daß letzterer dann nordwärts bei Nyanze vorbeie, wo  
ihn Livingstone berührte, in einen großen, mit vielen bewohnten  
Inseln besetzten See falle und jenseit desselben in große schil-



digung Fehlenden gehörten die Herzog und Fürsten von Ujest, Ratibor, Pleß, Tschomski, Solms, die eigentlichen Stützen der freikonservativen Partei, welche beim Schulaufsichtsgesetz sämtlich zur Stelle waren. Von den 72 Pairs „aus Allerhöchstem Vertrauen“ fehlte die Hälfte ohne Entschuldigung. Dergleichen Leute pflegen noch besser als die offizielle Presse zu wissen, wie der Wind weht und der Hase läuft. In Uebereinstimmung damit lautet dann jetzt auch die Parole: Eulenburg giebt sich die größte Mühe, aber der König will Zeit haben, sich Alles noch sehr genau zu überlegen; die neue Session wird wohl ohne daß der Schub vorausgegangen, wieder eröffnet werden. In Kirchen- und Schulfragen, heißt es weiter, steht Alles vortrefflich, aber mit den übrigen liberalen Gesetzen ist es desto schlimmer bestellt u. s. w. — Wir finden es nicht eben loyal alle Ursachen in dieser Weise mittelbar auf die Person des Königs zu schieben. Wenn der erste Minister die Sachen gehen läßt, wie sie gehen und nicht mit Person und Amt für eine entschiedene Richtung eintritt, trifft ihn allein die Schuld. Wie ich von Anfang an behauptete, ist in der Haltung Bismarcks seit Frühjahr eine gewisse reaktionäre Wandlung eingetreten. Die hartnäckig festgehaltenen Angaben der Rr. Ztg. über das Verhältnis Bismarcks zur Kreisordnung beruhen doch nicht ganz und gar auf dreifacher Erfindung. — In Harburg wird zum 1. April die königl. Polizeiverwaltung aufgehoben werden, bez. auf Bürgermeister Grumbrecht übergehen. Nicht bloß für Berlin sondern auch für andere große Städte wie Breslau, Posen, Wiesbaden sind Verstärkungen des Polizeipersonals um 34, 11, 11 Köpfe im neuen Etat vorgesehen. In Folge des neuen Strafgesetzes sind die Strafanstalt zu Spandau, das Bezirksgefängnis zu Osnabrück, das Justizgefängnis zu Trier, die Filial-Strafanstalt zu Moabit, die Weibergefängnisse Herford, Münster und Eberbach wegen Abnahme der Zahl der Gefangenen entweder schon aufgelöst oder werden noch bis Ende dieses Jahres aufgelöst. In den übrigen Strafanstalten will man jetzt dazu übergehen, allmählich das Prinzip der nächtlichen Trennung der Gefangenen durchzuführen. Nach einer in Belgien und Hannover erprobten Konstruktion in Eisen sollen dazu Schlafzellen mit einem Kostenaufwand von je 25 Thlr. hergestellt werden. — Wie aus dem neuen Etat hervorgeht, hat Herr Wehrenpennig auf sein Wartegeld als Direktor des literarischen Bureaus unter dem Ministerium Auerwald (600 Thlr.) verzichtet. — Künftig sollen auch den auf den Lehranstalten in Hannover und Nachen ausgebildeten Bauführern, welche die Prüfung mit Auszeichnung bestanden haben, Reisestipendien bewilligt werden. Zur Kontrolle der jugendlichen Arbeiter in den Fabriken Berlins soll ein Fabrikinspektor — der vierte im Staate — angestellt werden. Bekanntlich erfreut sich dieses Beamteninstituts der besonderen Theilnahme der Herren Kathedersozialisten. Bei dem großen Nutzen der Studienreisen für angehende Techniker sollen jährlich an 3 der begabtesten und fleißigsten Studierenden der Gewerbeakademie Reisestipendien von je 500 Thlr. verliehen werden. Dergleichen soll für dürftige Studierende der Landwirtschaft ein Stipendienfond von 2000 Thlr. gebildet werden. Für mittlere und niedere landwirtschaftliche Lehranstalten ist der Fond nur um 10,000 Thlr. erhöht worden. Zum Schutz der nordhannoverschen Küste vor Meeresfluthen wird die Insel Nordstrand auf Kosten und Gefahr der Landschaft und unter Beihilfe aus Staatsmitteln mit Steindeichen umgeben werden. — Auf der Tagesordnung der ersten Fraktionsitzung der Fortschrittspartei steht außer der Beratung einer neuen Geschäftsordnung für die Fraktion ein Gesetzesentwurf, welcher in Uebereinstimmung mit dem zum Reichsbeamtengefeß vereinbarten Paragraphen allen Beamten schlechthin die Beteiligung an der Verwaltung von Erwerbsgeschäften verbietet. Graf Eulenburg soll sich in der Kommission gegen seine Beamten in dieser Richtung allzu liebenswürdig erweisen. Sodann wird ein Antrag vorbereitet, welcher alle Abgeordneten, welche bei der Verwaltung von Eisenbahngesellschaften betheiligt sind, von der Wahl zur Handels- und Gewerbekommission und zu den Finanzkommissionen ausschließt. Gegen wen dieser Antrag gerichtet ist, wird in Eisenbahnkreisen Niemand zweifelhaft sein. — An der Konferenz über die Erfahrungen aus dem letzten Kriege auf dem Gebiete des Sanitätswesens nehmen Theil außer Wilms, Langenbed und den hiesigen Generalärzten der Leibarzt der Kaiserin Dr. Velten, die Generalärzte Raft (Bairern), Fichte (Württemberg) und Noth (Sachsen).

fige Seen gelange. Ladislaus Magyar aber hörte, daß dieser Fluß eine östliche Richtung annehme und in seinem unteren Laufe eine Breite von mehreren englischen Meilen erlange, dabei sein süßes Wasser behalte und wegen der starken Wogen die Schifffahrt zu mehreren Zeiten des Jahres gefährlich mache; auch solle er schließlich in einen See fallen. Diesen See identifizierte Magyar mit dem einzigen damals bekannten See Ost-Afrika's, dem Nyassa, seine Erkundigungen passiren aber sehr gut zu den Livingstone'schen Angaben. Ferner sagt Magyar: „Der Congo entspringt, wie ich mich überzeugt habe, im Innern Afrika's auf dem Hochplateau von Moluma, in der Landschaft Lubá, in einem Sumpfe Inha-nha. Sich mit vielen Bächen vereinigt, wird er bald zu einem tiefen Fluß, der nach Westen fließt, dann unter dem Namen Kuango etwas nordwestlich abbiegt“ u. s. w. Nun wissen wir zwar durch Livingstone, daß die Quellen des Congo beträchtlich weiter im Südosten zu suchen sind, aber der Sumpf Inha-nha könnte eine Andeutung von Livingstone's schiffigen Seen sein, und jedenfalls verfolgen die Erkundigungen Magyar's den Congo bis hinauf in die Gegenden, welche der Kualaba einnimmt. Alles in Allem besteht nach dem gegenwärtigen Stande unserer Kenntniß die größte Wahrscheinlichkeit, daß der Kualaba der Hauptquellarm des Congo ist, und die Gewißheit, daß er weder mit dem Nil noch einem anderen Fluße der Hemisphäre zusammenhängt. Der größte Gewinn aus den neuen Livingstone'schen Forschungen ist, daß wir nun wissen, der Weiße Nil entspringt unter 3° N. Br. aus dem Mwtan, welcher seinen Hauptfluß aus dem Ufersee empfängt. Seine südliche Wasserscheide bilden die 9–10,000 Fuß hohen Mlegga-Gebirge im Westen des Mwtan, die sich südwärts bis zum Manyema-Land (etwa 3° S. Br.) ausdehnen, so daß kein Theil seines Flußgebietes über 3° S. Br. hinaufreicht. Am westlichen und südwestlichen Fuße der Mlegga-Gebirge beginnt eine beträchtlich tiefer gelegene, wald- und wasserreiche Hochebene mit zahlreicher, dem südafrikanischen Sprachstamme angehöriger Bevölkerung, die sich von den Bewohnern des Niltalles und der Ostküste wesentlich unterscheidet, mit einer Vegetation und einer Thierwelt, welche durch charakteristische Formen, wie die Delpalme und den Gorilla, denen der Westküste sich anschließt. Diese von Livingstone zum Theil erforschte westliche Binnen-Region des aquatorialen Afrika betrat auch Schweinfurth, als er die Wasserscheide des Bahr el Ghazal überschreitend, in das Gebiet des Niles gelangte. Als die wichtigste Aufgabe eines Afrika-Reisenden aber tritt

— In der Verordnung vom 10. Nov. 1865, durch welche die am 5. Nov. 1861 auf 41 reduzierte Stimmenzahl des alten und befestigten Grundbesitzes im Herrenhause wieder auf 90 erhöht wurde, war auch ausgesprochen, daß die Bestimmungen jener auf Art 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 sich stützende Verordnung fortan nur mit Zustimmung beider Häuser des Landtages durch ein Gesetz abgeändert werden könnten. Dieser Umstand hat bewirkt, daß die neuen Provinzen zu dem eigentlichen feudalen Stamm des Herrenhauses gar kein Kontingent geliefert haben. Sie sind nur durch Mitglieder vertreten, welche durch königliches Vertrauen berufen sind.

Der „Hanoversche Courier“ berechnet, „daß die Provinz Hannover, welche etwa den zwölften Theil der Einwohnerzahl des Staates hat, von den circa 320 Mitgliedern des Herrenhauses nur acht, also den vierzigsten Theil stellt; es sind dies: Graf Münster, Graf Kniphausen, v. d. Kneisebeck, Graf Borries, Abt Ruppstein, Meyer (Gelle), Prof. Zachariä (als Vertreter der Universität Göttingen) und Stadtdirektor Rasch. Der Oberpräsident Graf Stolberg ist nicht hanoversches Mitglied des Herrenhauses.“ — Der „S. C.“ knüpft daran folgenden berechtigten Wunsch: „Es dürfte wohl angemessen sein, daß die unverhältnißmäßig schwache Vertretung der neuen Provinzen bei den bevorstehenden Erneuerungen berücksichtigt würde. In jeder der übrigen Provinzen haben z. B. mehrere Städte das Präventionsrecht (in Preußen 5, Brandenburg 4, Pommern 3, Sachsen 6, Schlesien 3, Posen 2, Westfalen 3, Rheinprovinz 9, Hessen 2, Schleswig-Holstein 2), in unserer Provinz hat es nur die Stadt Hannover, während Städte wie Hildesheim, Osnabrück und Harburg vermöge ihrer Bedeutung für das Leben der Provinz wohl darauf Anspruch hätten, wenn man nicht ausschließlich die Einwohnerzahl will entscheiden lassen. Unsere Ritterschaft freilich wird kaum Material für neue „Pairs“ bieten; sie zur Bekämpfung der Partei Kleist-Negow aufbieten, hieße den Teufel austreiben wollen durch Beelzebub.“

— Wie Herr v. Klützow, so wird auch Herr v. Wiegelen, der wie jener Namens der „Domkapitel“ die Kreisordnung verwarf, aus dem Staatsdienste scheiden. Herr v. Klützow war bekanntlich Direktor im Ministerium des Innern und in diesem der konsequenteste Vertreter der feudalen Doktrin, dem man namentlich auch die jüngst verabschiedete für die „Alten und Befestigten“ so günstige Verordnung vom 10. November 1865 zuschreibt. Herr von Wiegelen, Oberpräsident der Provinz Sachsen, war sein durchaus geistesverwandter Gesinnungsgenosse. Ohne Noth und äußere Veranlassung kam er in diesen Tagen nach Berlin, um seine feudale Gesinnung in ganz besonders demonstrativer Weise an den Tag zu legen. Da er das Bekenntnis der Ueberzeugung, daß ein Staatsbeamter der Regierung nicht Opposition machen dürfe, in Magdeburg immer am offensten und entschiedensten ablegte, so ist es nur in der Ordnung, wenn er jetzt aus dem Staatsdienst scheidet. Ob sein und des Herrn v. Klützow Auscheiden ein freiwilliges oder unfreiwilliges ist, mag um so mehr unerörtert bleiben, als auf Jeden von Beiden wohl das „halb zog man ihn, halb sank er hin“ im vorliegenden Fall Anwendung finden dürfte.

— Die Fortschrittspartei hat bereits die Agitation für die nächsten Landtagswahlen in das Auge gefaßt. Die ihr angehörigen und in Berlin ansässigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind als Zentralkomitee eingesetzt worden und haben ihrerseits die Herren Löwe, Dunder, Parisius und Eugen Richter als geschäftsführenden Ausschuss bestellt und Jeden mit der Fürsorge für drei preussische Provinzen betraut.

— Die österreichischen Delegirten zu der berliner Konferenz über die Arbeiterfrage sind hier angekommen. Die Konferenzen sollen morgen beginnen. Die österreichische Regierung ist namentlich durch den k. k. Hofrath Karl Ritter v. Wohlfahrt, aus dessen Feder eine Denkschrift über soziale Fragen entfloßen ist, welche Graf Andrassy der hiesigen Regierung hat mittheilen lassen, vertreten. Preussischerseits werden bekanntlich die Geheimenräthe Lothar Bucher und Wagener an den Konferenzen Theil nehmen.

— Für die Absicht des Bischofs Krementz, auf Zahlung seiner Temporalien den Fiskus gerichtlich zu belangen, dürfte folgendes unterm 11. März 1850 erlassenes Obergerichtsurtheil von Interesse sein: „Die als ein Statut der katholischen Kirche des Staates bestätigte Bulle de salute animarum enthält in Bezug auf die Ausstattung der katholischen Bischöfe, Domkapitel und anderen kirchlichen Institute nur die Vereinbarungen des päpstlichen Stuhles mit der preussischen Regierung, welche zwar völkerechtliche Verbindlichkeiten zwischen beiden Regierungen begründen, aber den auszustatten-

nun unstreitig der Congo hervor, er scheint in Wahrheit der Moienzi Enzadi zu sein, d. h. der Große Strom, der alle andern Flüsse aufnimmt. Livingstone selbst kam öfter auf die Vermuthung, daß er sich doch wohl am oberen Congo befinden möchte, und er sagt: „Wer würde sich für etwas Geringeres als den großen alten Nil in die Gefahr begeben, in den Topf eines Menschenfressers gesteckt zu werden und in dessen Fleisch und Blut überzugehen?“ Nachdem aber durch ihn und Stanley die letzten Zweifel an der Richtigkeit der Speke'schen Darstellung beseitigt sind, bleibt der Congo als das würdigste und lohnendste Ziel der afrikanischen Entdeckungsreisen übrig.“

### Theater- und Kunstnachrichten.

**Berlin.** Prinz Georg von Preußen ist seitens der deutschen Genossenschaft dramatischer Autoren und Komponisten zum Ehrenmitglied ernannt worden und hat diese Ehrenmitgliedschaft dankend akzeptirt.

**Königl. Schauspielhaus.** Wichter's: „Ein Schritt vom Wege“ erfreute sich bei seiner ersten Aufführung einer sehr günstigen Aufnahme. Die Hauptrollen wurden von den Herren Lieke, Döring, Ludwig, Oberländer und den Damen Kessler, Schratt und Friebl-Baumauer trefflich gegeben. — Paul Lindau's „Maria und Magdalena“ ist von Herrn von Hülsen zur Aufführung angenommen worden.

**Königl. Oper.** Nach sechsjähriger Pause gelangte Cherubini's Oper „Medea“ mit Reiztönen von Lachner wieder zur Aufführung und machte einen bedeutenden Eindruck. Von den Darstellern wird besonders Herr Weg hervorgehoben, der die Rolle des Kreon in wahrhaft klassischer Weise zur Geltung brachte. — Neu einzustudiert werden: „Der fliegende Holländer“ von Richard Wagner und „Die Entführung aus dem Serail“ von Mozart. — Frä. Sorina, deren Kontrakt mit Schluß der Saison abläuft, wird die königl. Bühne verlassen. — Neu engagirt ist vom 1. Mai 1873 ab Frä. Helene Weinhardt vom Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater. Dieselbe wird in nächster Zeit als Gast im Opernhause auftreten und zum ersten Male am 15. November den Cherubin in „Figaro's Hochzeit“ singen. — Frä. Bressfeld vom Stadttheater in Breslau beginnt am 2. November ein Gastspiel auf Engagement.

**Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.** Fräulein Mila Röder gastirt gegenwärtig mit Erfolg. Das Publikum ist entzückt von ihrer Erscheinung, ob auch von ihrem Gesange und ihrem Spiele, darüber schweigt die Kritik. Jedenfalls hat es die Dame verstanden, für sich etwas gewaltthätige Reklamen zu machen, resp. machen zu lassen. — Herr Acher hat die Aufforderung, die Direktion des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters zu übernehmen, abgelehnt.

**Wallner-Theater.** Herr Karl Treumann aus Wien hat einen

den kirchlichen Instituten ein Klagerrecht gegen den Staatsschatz nicht gewähren. (Präjudiz 2186. Entscheidung des Obertribunals. Band 19, S. 409.)

— Dem Fürsten Pleß ist die Stelle eines ersten Ober-Jägers meistens als eine oberste Hofcharge verliehen und derselbe gleichzeitig zum Chef des Hof-Jagd-Amtes ernannt worden.

— Die „Königlich privilegierte Berlinische Zeitung“ hat ihrem alten Titel jetzt die Bezeichnung „Vossische Zeitung“ beigelegt.

— Die auch von uns gebrachte Notiz der „Voss. Ztg.“ über das Panzerschiff „König Wilhelm“ beruht nach der „Weser-Zeitung“ auf einem Irrthum.

Wenn Berth darauf gelegt wird, so wird es — wie es heißt — dem Stationskommando ein Leichtes sein, den „König Wilhelm“ jederzeit aus seiner „gefährlichen Lage“ zu befreien und in offenes Fahrwasser zu bringen. — Demselben Blatte entnehmen wir, daß die Bemühungen des Chefs der Admiralität, General-Lieutenant v. Stosch, von dem Kriegsministerium die Erlaubnis zu erhalten, bei den Landbauten an der Marinewerft in Danzig von den in den Rayonvorschriften liegenden Beschränkungen abzuweichen, Erfolg gehabt haben. Zunächst freilich handle es sich nur um die Erweiterung der provisorischen Bauten auf der bisher nur provisorischen Werft. Dagegen sei es die Absicht, dem Reichstage in der nächstjährigen Session eine besondere Vorlage wegen Umwandlung der provisorischen Werft in eine definitive zu machen.

— Die „N. A. Z.“ schreibt:

Außer den beiden wiederholt schon erwähnten Vorlagen, welche das kirchliche Gebiet betreffen, nämlich über die Begrenzung der geistlichen Antisegregation und über die Zivilehe, hat, wie wir erfahren, der Kultusminister neuerdings noch eine weitere Vorlage den Beratungen des Staatsministeriums unterbreitet. Dieselbe handelt von der Vorbildung und Anstellung der katholischen Geistlichen.

— Wie der „Köln. Ztg.“ gemeldet wird, ist der Abgeordnete zum Deutschen Reichstage und zum bairischen Landtage für den Wahlbezirk Kaiserlautern-Kirchheimbolanden, Gölßen, am 4. d. M. früh in Mannheim plötzlich gestorben. — An Stelle des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten für das Herzogthum Koburg, Briegele, ist, dem „Frei. Journal“ zufolge, von dem Wahlkomitee Stadtrat Weber zu Berlin zum Reichstags-Abgeordneten in Aussicht genommen.

— In hiesigen und weiteren deutschen industriellen und kommerziellen Kreisen wird jetzt, wie die „Stern.“ vernimmt, eine dringende Petition wegen Unifizierung des deutschen Papiergeldes vorbereitet, die dem nächsten Reichstage unterbreitet werden soll.

— Auf eine Anfrage des nordamerikanischen Gesandten Bancroft an das hiesige auswärtige Amt, betreffend die Kosten und Auslagen der diesseitigen Regierung in der San-Juan-Schiedsspruchfrage, erging, wie die „N. Z.“ erfährt, eine Antwort an die amerikanische Gesandtschaft, worin unter Dank für das Anerbieten der Rückerstattung erklärt wurde, daß die hiesige keine Kosten oder Auslagen zu liquidiren sind.

— In Folge eines Beschlusses des Bundesrathes soll am 10. Januar 1873 innerhalb des deutschen Reiches eine allgemeine Ermittelung der Viehhaltung stattfinden und gleichzeitig auch eine Zählung der sämtlichen Militärpferde vorgenommen werden. Zu diesem Zweck hat der Kriegsminister eingehende Weisungen erlassen.

— Die nicht vereideten Mäler der hiesigen Börse, welche kürzlich den Plan einer Petition an den Handelsminister und das Abgeordnetenhause wegen Abschaffung des Instituts der vereideten Mäler und wegen Einführung eines anderweitigen Modus der Cours-Feststellung berathen hatten, dabei aber in vielfache Meinungsdivergenzen und zu keinem definitiven Resultat gelangt waren, haben sich nun doch in Bezug auf die obigen Fragen so weit geeinigt, daß die betreffende Petition demnächst dem Handelsminister durch eine Deputation überreicht werden soll.

— Am Sonntag Vormittag fand eine Generalversammlung sämtlicher Maurer Berlins statt, in welcher man über die Lohnverhältnisse des Winters schlüssig werden wollte. Als Motiv für diese Normierung eines Winterlohnsages wurde der Umstand angegeben, daß eine freie Vereinbarung zwischen den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern leicht zu Streitigkeiten und zum Nachtheile der Letzteren führen könne. Die Versammlung beschloß demnach, auch in den künftigen Tagen nicht unter 1 Thlr. 10 Sgr. zu arbeiten, und soll die gewöhnliche Arbeitszeit im Winter von Morgens 7 Uhr bis Abends 5 Uhr mit Innehaltung der vollen üblichen Pausen dauern. Nach der Jahreszeit noch eine weitere Beschränkung dieser Stundenzahl notwendig, so tritt eine entsprechende Abkürzung der Frühstücks-, Mittag- und Vesperzeit ein.

**Frauenburg.** 3. Novbr. Die „Ermäander Volksblätter“ veröffentlichen eine Petition „römisch-katholischer Familienväter um Aufhebung von Gewissenszwang und um Gleichstellung der römisch-

Gastspielantrag für den Monat Dezember angenommen. Er wird zunächst als Triosche in der von ihm bearbeiteten Posse „Triosche und Calolet“ auftreten.

**Leipzig.** Zu Anfang des Monats Dezember wird der frühere Hof-Opernsänger Herr Scaria aus Dresden am hiesigen Stadttheater in seinen hervorragenden Rollen gastiren.

**München.** Im Hof- und Nationaltheater wird im nächsten Monate eine neue Oper von Rheinberger „Des Thürmers Tochterlein“ zur Aufführung gelangen.

**Nürnberg.** Bei der am 27. v. M. stattgehabten Aufführung des „Fra Diavolo“ im Theater zu Nürnberg wurde das Publikum in eine große Aufregung versetzt. In der Schlusszene streifte durch einen unglücklichen Zufall der gegen den Darsteller des Fra Diavolo, Herrn Niese, gerichtete, blind geladene Schuß das Gesicht desselben so, daß Herr Niese, im ersten Momente vom Lustdrucke stark erschreckt, das Gesicht mit beiden Händen verdeckend, von der Scene eilte. Der Vorhang fiel; das in Unruhe versetzte Publikum blieb auf seinen Plätzen und rief so lange, bis der Regisseur eine über das Befinden des Sängers beruhigende Erklärung gab. Glücklicher Weise hat der Vorfall nach ärztlichem Gutachten keine Bedeutung und ist Herr Niese unverletzt.

**Wien.** [Hofburgtheater.] Frä. Necker vom Residenztheater in Berlin gastirt hier mit geringem Erfolge. Das Gastspiel dürfte kaum zu einem Engagement führen.

**Hofopertheater.** Die sämtlichen ersten Mitglieder des Hofopertheaters haben ein Zirkular erhalten, worin ihnen die Frage vorgelegt wird, ob sie geneigt wären, sich den kontraktlichen Umlauf während des nächsten Jahres abzugeben zu lassen, erent. unter welchen Bedingungen. — Frau Koch-Boschenberger vom Theater an der Wien gastirt als Zerline im „Don Juan“ mit ziemlichem Glücke.

**Stadttheater.** Die Gräfin von Somerive von Barriere und Frau Prebois hat nur einen geheilten Erfolg errungen. Man tadelt die Anhäufung rein äußerlicher, greller Effekte.

Neue Theater in Wien. Das Komitee der neu zu erbauenden „Kommischen Oper“ hat mit Frä. Mamie Haub Engagements-Unterhandlungen eingeleitet. Man bietet der Künstlerin eine Jahresgage von 16,000 Fl. an. — Ein Konjunktum, an dessen Spitze Herr Julius Sulzer, Hof-Kapellmeister des Königs von Italien steht, hat die Konzeption zur Erbauung eines neuen Theaters erhalten, welches den Titel „Internationales Theater“ führt. Der Bau desselben wurde bereits in Angriff genommen und soll dasselbe am 1. Mai 1873 eröffnet werden. Das neue Haus, welches in den Prater zu stehen kommt, wird über 2000 Quadratfächer umfassen und 4000 Personen Raum bieten; die Bühne wird an Größe jener des San Carlo-Theaters gleich kommen. Die Hinterwand des Theaters soll dem Plane nach geöffnet werden können, so daß man den Ausblick in den Prater als Abschluß der Dekoration benutzen kann. Das Theater wird sich ausschließlich der italienischen Oper und dem Ballet widmen, für letzteres sollen 300



katholischen Glaubensgenossen mit den Befürmern anderer Konfessionen." Die Petition ist an das Abgeordnetenhaus gerichtet und beschwert sich darüber:

1) daß die Schüler des Lehrer-Seminars in Braunsberg den Religions-Unterricht des Seminar-Direktors Dr. Treibel, 2) daß die Schüler in den städtischen Elementarschulen zu Elbing den der alt-katholischen Elementarlehrer zu bejucken gehalten seien, 3) daß der alt-katholische Priester Grunert laut Anordnung der ständischen Land-Armee-Direktion in dem Arbeitshaus zu Tappan und der Zrennanfakt zu Allenberg den Gottesdienst leide. Die Petenten fordern in allen drei Fällen Anstellung auch römisch-katholischer Lehrer und Seelsorger. Die gleiche Forderung stellen sie für die Garnisonen in Friedland, Insterburg, Gumbinnen und Wehlau, 4) verlangen sie, daß auf dem Gymnasium zu Braunsberg die römisch-katholischen Eltern nicht mehr verpflichtet seien, durch schriftliche Erklärung Dispens von dem Religionsunterricht des Dr. Wollmann zu erwirken, und daß der Unterricht des zweiten infallibilistischen Religionslehrers Dr. Krause nicht in einem Privatlokal, sondern auch im Gymnasium ins-tituiert werden solle.

Die Petition geht im Wesentlichen darauf hinaus, jeden alt-katholischen Seminar- und Elementarlehrer aus seiner Stellung zu treiben und die Regierung zum gewaltthätigen Eingreifen in die städtische Freiheit zu Elbing und in die Kompetenz der ständischen Landarmeen-Direktion zu nötigen. Alles im Namen der „Gleichstellung und Gewissensfreiheit“!

**Braunsberg, 3. November.** In Betreff des Abiturienten-Examens der katholischen Gymnasien ist auf den Antrag des Direktors Braun, dieselben möchten zur Ablegung des genannten Examens in der Religion von Dr. Wollmann verpflichtet bleiben, von Seiten des Kultusministeriums der allgemeine Befehl eingetroffen, daß dieselben von dem Examen vor Dr. Wollmann dispensiert sind. (Erm. Volksbl.)

**Königsberg, 4. November.** Herrn Armeepropst z. D. Namsska-nowski scheint die Berliner Temperatur nicht mehr bejucken zu wol-len, denn hier verbreiteten Nachrichten zufolge beabsichtigt derselbe nächstens seinen Wohnsitz nach Bischofsburg zu verlegen.

**Kiel, 3. November.** In der Schleswig-holsteinischen De-mokratie scheint sich ein ähnlicher Scheidungsprozeß zu vollziehen, wie vor einigen Wochen bei der gleichen Parteirichtung Badens oder vielmehr Mannheims.

Die „Zeitung Nachrichten“ zeigen an, daß mit dem 1. d. M. ihr bisheriger Redakteur Dr. Bernhard Erdulak die Redaktion niederge-legt hat. Die Tendenz dieser Nachricht ergibt sich daraus, daß schon seit einigen Wochen dieses Blatt von seiner bisherigen verbliebenen Opposition gegen Preußen und das Reich etwas nachgelassen hatte und sichtlich eine Schwächung in das Lager der gemäßigten Partikularisten vorbereitete. Namentlich dürfte damit ein Bruch dieses bei dem Schleswig-holsteinischen Landvolk sehr einflussreichen Blattes mit der Idee einer angustenburgischen „Restitution“ gegeben sein, für welche der bisherige Redakteur aus Gründen persönlicher Dankbarkeit gegen den „legitimen“ Prätextanten mit großem Eifer wirksam war. Derselbe wird sich laut Mitteilung seines bisherigen Blattes nach Straßburg begeben, hofentlich um seine in Schleswig-Holstein durch-aus deplaciert gewesene publizistische Betätigung in dem neuen Reichs-lande zu Gunsten einer allmählichen Versöhnung des Elblandes mit dem deutschen Leben geltend zu machen. Mit dieser Schwächung des ein-flussreichen Propagandas, wie mit dem durchaus negativen Resultat der bekannten Denkmalsagitation darf die Sprengung der bisherigen angustenburgischen Partei in Schleswig-Holstein als vollendet ange-sehen werden. Die bisher von dem gedachten Organe in destruktiver Weise beeinflusste bürgerliche Klasse des Landvolks wird sich wohl der gemäßigt partikularistischen Partei, der Rest der entschiedenen Opposi-tion den Sozialdemokraten zuwenden, von einer eigentlich dynastischen Richtung innerhalb der Schleswig-holsteinischen Opposition aber schwerlich mehr die Rede sein.

**Breslau, 4. November.** Zur Geschichte der Proteste gegen die Kreisordnung schreibt die „Schles. Ztg.“:

Da vorauszusehen war, daß die Majorität des Herrenhauses die Verwerfung der Kreisordnung in A. dadurch zu motivieren bemüht sein würde, daß sich das Herrenhaus aus Grund der demselben resp. der hervorragenden Mitglieder zugegangenen Proteste gegen die Kreisordnung in Uebereinstimmung mit einem großen Theil der ländlichen Bevölkerung gewirkt habe, so dürfte es wohl angezeigt erscheinen, darauf hinzuweisen, daß jene Proteste überwiegend nach der Schablone gefertigt und auf Anregung der Parteigenossen jener Herren entstanden sind. Zum Erweise dieser Angabe wird uns u. A. mitgeteilt, daß eine derartige autographirte Petition, in der z. B. die Bezeichnung „Kreis Neumarkt“ ausgeschrieben und dafür „Kreis Schweidnitz“ vermerkt war, durch einen Erbfolgsbesitzer im Kreise Schweid-nitz zu weiterer Unterzeichnung verhandelt wurde, und zwar mit einem Begleit- und Empfehlungsschreiben, welches der als Polizei-Kommis-sarius fungierende Erbfolgsbesitzer selbst mit dem Vermerk: „Im Auftrage“ unterschrieben hatte. In dem Empfehlungsschreiben war, wie unser Gewährsmann schreibt, eigentlich nur der Kostenpunkt für Scholzen- und Polizei-Amt als Motiv zur Beteiligung an dieser Petition her-vorgehoben. Die Petition selbst war für den schlichten Landmann viel zu hoch gehalten, um von Letzterem verstanden zu werden. Der im Auftrage erfolgte Hinweis auf den Kostenpunkt aber zieht und zog in der von der bewußten Partei gewünschten Weise. Ähnliche autogra-phirte Petitionen dürften sicherlich in vielen Kreisen durch die Gefin-nungsgegenossen der Herren v. Kleist-Regow u. s. w. mit Erfolg in Zirkulation gesetzt worden sein.

**Königsberg, 31. Oktober.** Heute hat der Redakteur des „Kato-lit“, E. Marka, seine Gefängnisstrafe im hiesigen Gefängnis wegen Beleidigung des z. Kaminski in Kattowitz angetreten.

**Bonn, 2. November.** Heute wurde die marianische Kon-gregation der Studierenden an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität durch ministeriellen Erlaß aufgelöst.

**Aus Kurheffen, 2. November.** Die in Neffungen erscheinenden „Heffischen Volksblätter“ melden: „Am 25. Oktober erschien eine Ge-richtsperlen in den Wohnungen des Metropolitan Bilmars, des Pfar-rens Bilmars und des Herausgebers der „Heffischen Blätter“ dabei, um sich zu erkundigen, ob die genannten Exemplare des von dem Pastor F. Grote redigierten „Alt hannoverschen Volkskalenders pro 1873“ besäßen. Zwei vorgefundene Exemplare wurden trotz Protest der Eigentümer mit Beschlag belegt, und die Letzteren am folgenden Tage vor dem Amtsgerichte darüber eidlich vernommen, ob und wann sie den fraglichen Kalender von dem Verfasser desselben erhalten hätten. — Einzelne Theilnehmer an dem am 20. August d. J. in Wilhelmshöhe stattgefundenen Feste zu Ehren des Kurfürsten von Heffen sind dieserhalb von ihren Vorgesetzten zur Rechenschaft gezogen worden.“

**Krefeld, 2. November.** „Der gestrige Tag“, schreibt die „Kref. Ztg.“, „hat seine Bedeutung in der Geschichte unserer Stadt. Die hiesige altkatholische Gemeinde feierte ihren ersten Gottesdienst, wobei Pastor Herzog die Predigt hielt. Bei allen denen, die dieser Feier beizuhöhen, herrscht nur Eine Stimme darüber, daß sie von dem reinen Geiste christlicher Liebe getragen war. Aber allgemeinste Entrüstung wurde auch laut ob der Szenen v. belhafter Gemein-heit, welche an den Eingängen der Kirche sich zutrugen. In der Mennonitenkirchstraße hatte sich eine Rote gesammelt, die jeden Ein-tretenden mit lautem, weithin schallenden Hohnschrei verfolgte. Dieses Geschrei wurde besonders stark, wenn Damen sich zeigten, und ist es sogar vorgekommen, daß der Pöbel — es war auch gut gekleideter Pöbel dabei — Damen ansprach. Beim Ausgange nach der Kö-nigsstraße war es im Ganzen ruhiger — die Polizei hatte sich ver-stärkt — aber Geschrei und Drohungen wurden auch hier laut. In gelinderem Maße wiederholten sich diese Ausfälle am Eingange zum Driesenhof, wo zur Feier der Einführung des Pfarres Herzog ein Festessen Mitglieder der Gemeinde und auswärtige und hiesige Freunde derselben — es mochten gegen 100 Festgenossen sein — vereinigte.“ In diesen Auftritten darf man wohl die Auslässe der fanatischen Agi-tation erkennen, welche neuerer Zeit ins Werk gesetzt worden ist.

**Münster, 31. Oktober.** Die hiesigen Lokalblätter bringen heute folgende Erklärung:

„Die unterzeichneten Pfarrgeistlichen des Stadt-Dekanats Münster erklären hierdurch öffentlich, daß sie mit dem Inhalt der Denkschrift, welche die am Grabe des h. Bonifatius versammelten Bischöfe Deutschlands unter dem 20. September veröffentlicht haben, nach aller und jeder Beziehung in voller Uebereinstimmung sich be-finden. Sie erklären ferner entschieden und fest, daß sie bereit und entschlossen sind, mit den Hochwürdigsten Oberhirten treu und unerschütterlich im Kampfe auszuhalten und mit ihnen für die Wahrheiten und Grundsätze, welche in der Denkschrift ausgesprochen sind, jedes und auch das schwerste Opfer zu bringen. Münster, den 1. Novem-ber 1872.“ (Auch von anderen Seiten wird berichtet, daß eine solche Anschluß-Agitation mit vielem Eifer betrieben wird.)

**Lippe-Deimold, 4. November.** Das „Fürstl. Lipp. Reg.- und Anzeigebblatt.“ enthält in seinem amtlichen Theile folgende Be-kanntmachung:

Die Erwartung der Staatsregierung, daß die ausgeschriebenen Landtagswahlen eine für die Herbeiführung friedlicher Zustände gün-stige Aussicht eröffnen würden, ist nicht in Erfüllung gegangen. Nach-dem in einigen Wahlbezirken des 2. und 3. Standes gar keine Wahl zu Stande gekommen ist, und von den in den übrigen Wahlbezirken Gewählten die überwiegende Mehrzahl zwar die Wahl angenommen, demnächst aber in einer zu Lemgo abgehaltenen Versammlung erklärt hat, an den Beratungen des Landtages nicht theilnehmen zu wollen, ist die Staatsregierung nicht in der Lage, diesen Landtag zu berufen.

find voll des Lobes über Frl. Albani, deren Stimme wohl nicht mäch-tig, aber voll Frische und glänzend ausgebildet sein soll. Die drei-undzwanzigjährige Sängerin ist französische Abkunft, in Amerika ge-boren und heißt mit ihrem wahren Namen Lajemessie.

**Petersburg.** Die Nielson ist hier eingetroffen und wird hier und in Moskau neben der Patti gastiren.

### Ein Mitglied des Vereins „Wallingeretene“

erhält aus Petersburg folgenden Bericht, welchen das „Frl. J.“ ab-druckt: „Wie man ja schon in deutschen Zeitungen gelesen, ist die Auf-nahme der Frau Wallinger hier eine sehr kühle, frostige gewesen. Wenngleich man zugeben muß, daß russische Zeitungen mit nicht zu erkennender Absicht die berühmte Sängerin nur die Deutsche nannten und dadurch von vornherein bei einer gewissen deutschfeindlichen Partei eine gehässige böse Meinung gegen die Künstlerin erweckten und näh-ten, so ist andererseits der wenig günstige Erfolg in tiefer liegenden Ursachen zu suchen. Man hatte lange schon vor dem Auftreten der Wallinger jene vorjährigen Berliner Skandalgeschichten mit Frau Lucca lang und breit von Neuem aufgeführt und dieselben mit den abscheulichsten Verleumdungen gegen die erstgenannte Sängerin in allen Schichten des Publikums zu verbreiten gesucht. Alle diese Lügengerüchte wurden um so lieber und leichter geglaubt, weil sie hauptsächlich von Berlin aus zu uns herüber gebracht und vielfach von Deutschen weiter erzählt wurden. Daß die Wallinger hier eine ihr feindliche Partei besaß, ist zweifellos, denn man hat — che man sie gesehen und gehört — Alles, um ihren Ruf als Künstlerin und Frau zu schädigen. Das Haus war überfüllt bei ihrem ersten Debit. Wir hatten die Sängerin im vorigen Jahre in München bei ihrem Gastspiel gehört und bewundert — sie war uns also nicht neu — so wie aber an diesem ersten Abend hatte sie wohl noch nie gesun-gen und gespielt. — Als der Vorhang fiel — ein Applaudiren, ein Zischen, ein Höllelärm — bestiger, energischer das Zischen, das Ab-sichtliche war nicht zu verkennen und am nächsten Tage ein Flieser der „deutschen“ Sängerin. So wars beim zweiten, beim dritten Auftreten. Die Häuser ausverkauft — die Wallinger hinreichend, überwältigend schön — dieselben absurden Bosheiten. Nach der zweiten Vorstellung wurden ihr vor ihrem Hotel entusiastische Ovationen von Deutschen, und zur Ehre feis gefagt, von Russen gebracht. Wie ich höre, kehrt Frau Wallinger im Dezember nach Berlin zurück.“

\* **W. Gladbach, 28. Okt.** [Bäuerlicher Fanatismus.] Der „Elberf. Ztg.“ schreibt man: Gestern wäre eine Expedition des hiesigen wissenschaftlichen Vereins nach Wanlo, einem circa 2 Stun-den von hier entfernten Dorfe, beinahe das Opfer von bäuerlichem Fanatismus geworden. Zweck war die Aufgrabung eines bei Wanlo, mitten im Weide am Miersufer gelegenen circa 20 Meter breiten und circa 6 Meter hohen kegelförmigen Hügel, den man für ein Götter-

Sie ist deshalb genöthigt, ohne Mitwirkung einer Landesverfretung die Staatsgeschäfte fortzuführen, und wird dies mit dem vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit so lange thun, bis es gelingt, einen beschlußfähigen Landtag durch die Wahl von Männern zu bilden, welche ein Mandat zum Landtage annehmen, — nicht um es nieder-zulegen, sondern um es zum Besten des Landes auszuüben. Detmold, den 3. November 1872.

Der Kabinetts-Minister,  
v. Flottwell.

**Aus der Grafschaft Schaumburg, 31. Okt.** Seit 6—8 Tagen striken die Bergleute des preuß.-schaumburg-lippischen Kohlenwerkes Obernkirchen. Daher große Kohlenverlegenheit. Unterhandlungen sind im Gange, haben aber noch nicht zu einem befriedigenden Ziel geführt. Doch hat ein Theil der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, so daß wenigstens die Maschinen des Bergwerkes im Gange bleiben.

**München, 3. November.** Die Warnung der Staatsregierung gegen die Dachauer Bank gilt als Vorbote deren Zusammen-bruch; welchen Umfang der Schwindel angenommen, darauf wirft eine Mitteilung aus Traunstein ein grelles Licht. Darnach erhielt die dortige Distrikts-Sparkasse, welche sonst im September jedes Jahres durchschnittlich 24,000 Gulden Einlagen (meist Dienstlohn-Ersparnisse) hatte, in diesem Jahre nicht einen Gulden, dagegen mußte sie 12,000 Gulden Auszahlungen wegen Anlegung in den Dachauerbanken machen.

**München, 4. November.** In der bairischen Jesuitenpresse dauert der Sturm gegen den Bischof von Passau, bez. gegen dessen Organ, das „Passauer Tagblatt“, in unverringter Heftigkeit fort. Am empfindlichsten scheinen jene Blätter von der Mitteilung des ge-gnerischen Organs berührt worden zu sein, daß die Bekämpfung der katholischen Vereine auch von der höheren Hierarchie nicht mißfällig angesehen werde, denn der „Volksbote“ verleiht sich in seiner Po-lemik gegen diese Nachricht bis zu folgenden Wendungen:

„Das bischöfliche Organ von Passau hat auch noch die Freiheit, dem Gesamtpropaganda Deutschlands in unverblümten Worten zu verstehen zu geben, daß es seine Pflicht sei, gegen die katholischen Vereine beim apostolischen Stuhle Klage zu stellen, und rühmt sich bereits offen der Anerkennung, die ihm für seine infamen Artikel von Seite eines erzbischöflichen Ordinariates zu Theil geworden sei.“

**Stuttgart, 1. November.** Die gestrigen Abstimmungen in unserer Kammer bezeichnen einen sehr erheblichen Fortschritt der nationalen Anschauung in Württemberg.

Nach unserer stammesgemäßen Verfassung hat die Kammer nicht das Recht, ihre Präsidenten selbst zu wählen, sondern ihre Be-fugnis besteht nur darin, dem Könige drei Namen vorzuschlagen, aus welchen dieser einen herauswählt. Ueblich war dabei bis jetzt zwar immer, daß der König Denjenigen ernannte, welchen die Kammer in erster Linie in Vorschlag brachte. Diesmal sind aber alle drei in Vorschlag kommende ganz entschiedene Anhänger der natio-nalen Partei. In erster Linie erhielt Hölder 55 Stimmen, Probst, welcher von den reichsfeindlichen Elementen in Vorschlag kam, erhielt nur 18 Stimmen; die wenigen Anhänger der Regierung, welche in der Kammer sitzen (11 an der Zahl) enthielten sich der Abstimmung, da sie weder für Probst stimmen, noch auch Hölder zu einem noch größeren Triumph verhelfen wollten. Somit wird nun auch der Vice-präsident aus den Reihen der nationalen Partei ernannt werden. Inzwischen ist Hölder vom König nach telegraphischer Meldung in der That gewählt worden.

**Elfaß-Lothringen, 2. Nov.** Ueber die Feier des Rektorats-wechsels an der Straßburger Universität, welche heute Vormittag im Lesesaal des kaiserlichen Schlosses stattgefunden hat berichtet die „Straßb. Z.“:

Der Oberpräsident der Festungsgouverneur General v. Hartmann und viele andere Vertreter der höheren Zivil- und Militärbehörden waren als Ehrgäste zugegen; außerdem hatte sich ein sehr zahlrei-ches Zuhörerpublikum nicht nur aus den studentischen, sondern auch aus den nichtakademischen Kreisen eingefunden. Um 11 Uhr erschien der akademische Lehrkörper, und der neugewählte Rektor Professor de Vary bestieg die Rednerbühne. Da der auscheidende Rektor, Professor Bruch, durch sein körperliches Befinden an der unmittelbaren Theil-nahme an dem Akte verhindert war, so ersetzte Professor de Vary an der Stelle dieses ehrwürdigen Seniors der Universität auch den Bericht über die Zustände und Entwicklung der neugegründeten Hoch-schule in dem eben abgelaufenen ersten Semester ihres Bestehens. Der Redner erinnerte an die Verdienste des Freibern von Roggenbach um die Neugründung der Universität und an die erfolgreiche weitere Förderung des großen Werkes unter dem Kuratorium des Präsi-den-ten Ledderhose. Die Reorganisation oder Neubildung der nöthigen akademischen Institute hat schnelle Fortschritte gemacht und Lehrende (Fortsetzung in der Beilage).

Ballerinnen engagirt werden. Das Konsortium ist schon jetzt mit den ersten Kräften der Oper und des Ballets in Engagements-Unterhand-lungen getreten. (Wie man sieht, fehlt es dieser neuesten „Gründung“ wenigstens nicht an Klänge.) — Herr Gustav Reuber hat dem Kai-ser die Konzession zur Erbauung eines neuen Theaters im Bezirk Landstraße erhalten. Die Konzession erlischt, wenn von derselben bin-nen drei Jahren kein Gebrauch gemacht wird. — Krichner's Residenz-Theater geht der Vollendung entgegen. — Es stehen mithin vier neue Theater in Aussicht; an Stelle der Bankenzündungswuth scheint der Theatergründungs-Paroxysmus getreten zu sein.

**Triest.** Das hiesige große Theater machte mit einer Aufführung der „Hugenotten“ ein Fiasko, welches zum Tagesgespräch geworden ist. — Seit Jahren gab es hier keinen ähnlichen Skandal im Theater, und Alles ist über den Impresario erbittert, der für die Winteraison eine Subvention von 60,000 Fl. von der Stadt bezieht, und bei einer so armseligen Operngesellschaft hohes Entree nimmt. Bei der Wie-derholung der Hugenotten wäre es bald zu einem Kampfe im Theater gekommen. Vorderhand ist das Theater geschlossen.

**Brüssel.** Gounod hat im „Théâtre de la Monnaie“ ein Kon-vert gegeben, dessen Programm durchaus eigene Kompositionen bil-deteten. Wie die „Independance“ berichtet, erzielte Gounod einen be-deutenden Erfolg.

**Kairo.** Unter den Primadonnen für die nächste Opernstagione wird eine Signora Smorochi genannt, welche identisch ist mit Frl. Schmerhowsky, einer der vorzüglichsten Schülerinnen des Wiener Konservatoriums. Die junge Sängerin hat wohl gethan, ihren für italienische Zungen etwas ungewohnten Namen mundgerechter zu machen; auf keinen Fall geht hier die Sache so weit, wie bei jenem deutschen Musiklehrer Schneitzhöffer in Paris, auf dessen Visitenkarten zu lesen war: „Mr. Schneitzhöffer, prononcez: Raymond.“

**Kopenhagen.** Das königliche Theater brachte eine fast ver-gessene romantische Komödie: „Der Siebenkläftertag“ von L. Hei-berg, Musik von dem älteren Hartmann, zur Aufführung. Das Stück wurde zur Krönung Christian VIII. geschrieben und machte da-mals kein Glück, jetzt erzielt es volle Häuser.

**Mailand.** Neue Theater. Ein neues Theater erb hier eröff-net worden, von einem reichen gräflichen Kunstfreund erbaut. Es heißt nach seinem Gründer, Graf Verme: „Teatro dal Verme“ und soll der allerberühmtesten Firma, der „Scala“, Konkurrenz machen wollen. Bei der Eröffnungsvorstellung, welche mit der Oper „Hugenotten“ stattfand, erhielt jede eintretende Dame ein prachtvolles, überaus reich dekoriertes Blumenbouquet. Der Blumenflor inmitten des eleganten Damenlors in dem festlich beleuchteten Hause gewährte einen eben-so originellen als reizenden Anblick. — In etwa vierzehn Tagen wird hier abermals ein neues, sehr elegantes Theater: „Teatro della Com-media“, eröffnet.

**Paris.** Im „Théâtre Italien“ debütierte ein Frl. Emma Albani als Amina in „Sonnambula“ mit größtem Erfolge. Pariser Blätter

grab hielt, und fand diese Absicht seitens des Besitzers und der Ortsbe-hörde ein durchaus liebenswürdiges Entgegenkommen. Die Arbeit be-gann morgens früh, nur unterbrochen durch manchen guten Witz der Teilnehmer und der zuschauenden Menge, die sich ganz harmlos gerierte, in der fröhlichsten Stimmung, welche auch bis nach dem Mittagessen anhält. Da änderte sich plötzlich die Szene, ob auf höheren Befehl, wissen wir nicht — und sollten wir bald inne werden, daß wir nicht glücklich gewesen, in der Verlegung der Expedition auf einen Sonntag, um eine größere Beteiligung unserer aus allen Berufsgruppen zusam-mengelegten, nur wissenschaftliche Zwecke verfolgenden Vereins zu er-möglichen. Die Menge, auf 3—400 Köpfe angewachsen, warf die Schiebarran um, stieß Stöße zwischen die Räder derselben, und ver-hinderte durch gedrängte Aufstellung auf dem zur Abfuhr des Grun-des dienenden Wege, die Arbeit. Es wurden Rufe laut, die Sabbat-schänder zu vertreiben; wenn die von Affen abstammenden wollten, soll-ten sie in Glabbach bleiben und der Leiter der Ausgrabung, der die Ordnung herstellen wollte, ward aus seiner Gröblichkeit mit Worten insul-tirt, zugleich demselben bedeutet, daß man die Fortsetzung der Arbeit nicht dulden werde, mit dem Hinzufügen: Gätten Sie den Herrn Pastor heute früh um Erlaubnis gefragt, würden wir Ihnen auch nichts in den Weg legen. Die Unmöglichkeit eines Widerstandes einsehend, räumte der Verein das Feld, worauf die Arbeiter fliehen mußten, um sich vor Thätlichkeiten der fanatisierten Menge zu schützen, die nun ihre Wuth an den zurückgebliebenen Geräthen ausließ.

\* **Die Augen der Königin.** Zur Zeit Ludwigs XVIII. gab es in Paris einen ehemaligen Garde-du-Corps, Namens Choquart, der als arger Händelsucher verächtet war, und zugleich einen fanatischen Legitimismus zur Schau trug. Eines Tages befand sich Choquart im Café und hörte, wie zwei Provinziale am Nebentische sich über die Königin Marie Antoinette unterhielten. „Es heißt“, sagte gelegentlich der Eine, „einer ihrer Augen sei kleiner gewesen als das andere.“ So-fort erhob sich Choquart und fuhr den Mann an: „Sie sind ein elen-der, feiger Burche! Sie beleidigen eine Frau! Ich heiße Choquart und Sie wissen doch, was das befragen will.“ Der Provinziale war zwar sehr verblüfft, verstand aber die Herausforderung und nahm sie an. Am anderen Tage freuste man die Klängen, und Choquart ver-setzte seinem Gegner einen leichten Degenstich, worauf die Versöhnung erfolgte. „Aber erklären Sie mir doch“, sagte nun der Verwundete, „weßhalb Sie mich provoziert haben. Sie sollten's doch am Ende wissen, daß das eine Auge der Königin kleiner als das andere war.“ Choquart reckte sich in die Höhe und entgegnete mit Würde: „Eine Königin, mein Herr, kann niemals ein Auge haben, das kleiner als das andere ist; Ihre Majestät geruhte sich eines Auges zu erfreuen, welches größer war als das andere.“



## Tagesübersicht.

Posen, 6. November.

Gestern also — wenn nicht etwa, um mit Lehmann zu sprechen: etwas dazwischen gekommen ist — haben in Berlin die lange vorausverkindeten Konferenzen in der sozialen Frage begonnen. „Die ganze Idee“, meint die „Spener“, daß eine Anzahl Geheimer Räte aus Oesterreich und Preußen zusammentreten, um über die „soziale Frage“ zu diskutieren, hat fast etwas Komisches. Wenigstens bekommt sie diesen Anstrich, wenn in der tollen Weise, wie dies von dem plötzlich wieder in Berlin auftauchenden österreichisch-deutschen Korrespondenz-Bureau geschieht, die Konferenz mit Trompetenstößen eingeleitet und ihr die unsinnigsten sozial-demokratischen Projekte untergeschoben werden. In Betreff der historischen Entstehung der Konferenzen belehrt uns die genannte Korrespondenz, daß sie zwischen Fürst Bismarck und Graf Beust in Gastein verabredet worden und später Graf Andrassy den Verabredungen beigetreten sei und die Vorarbeiten anbefohlen habe. Wir erfahren von einer „Deutschschrift“, welche im Auftrage des Ministers von dem Oesterreichischen Hofrath Karl v. Woblfahrt nach Berlin mitgetheilt sei, hier großes Interesse erregt und eine erfreuliche Uebereinstimmung der Grundanschauung beider Regierungen an's Licht gestellt habe. Weiter wird die Neigung des Herrn von Bismarck und seiner intimen Räte für den großen Agitator F. Lasalle und seine Prinzipien hervorgehoben, Schluß als ein falscher Vertreter der Arbeitersache und Vollblut-Bourgeois beschimpft, gegen die „Bourgeoisie“ ganz in dem feinen Stil der Sozialisten losgezogen, nebenbei auch Graf Beusts nahe Beziehungen mit Herrn Liebknecht erwähnt, und endlich als ganz bestimmt versichert, daß in der Konferenz Maßregeln „gegen die bedenklich um sich greifende Kumulation des Kapitals u. s. w.“ ergriffen werden würden. Bei dieser Gelegenheit haben auch wir (die „Spener'sche Zeitung“) die Ehre, wegen eines Artikels zitiert zu werden, in welchem wir auf die bedenkliche Erscheinung aufmerksam machten, daß in Berlin die höheren Einkommensteuersufen weit erheblich angewachsen seien, als die mittleren und geringeren. Diese Statistik Berlins gilt keineswegs für den ganzen Staat, und überdies lag es uns gänzlich fern, aus jener Statistik den Schluß zu ziehen, daß der Staat mit Zwangs- und Gewaltmitteln jener allerdings unerfreulichen wirtschaftlichen Erscheinung entgegen arbeiten solle. Wir können nur dringend wünschen, daß die hiesigen Mitglieder der österreichischen Konferenz ihre Mittheilungen über dieselbe nicht durch dieses sozial-demokratische Medium an das Publikum gelangen lassen. Der Erfolg würde sonst nothwendig eine allgemeine Indignation und Beunruhigung der besitzenden Klassen, ja aller verständigen Menschen sein.“

Aus Lippe-Detmold theilen wir eine Bekanntmachung des Staatsministers Flottwell mit, worin derselbe den konstitutionellen Staatsbankrott erklärt und den Absolutismus bis auf Weiteres zum Massenverwalter ernannt. Es wäre doch Zeit, daß endlich auch einmal die Lippe'sche Verfassungsfrage ihre Lösung fände.

Gestern sind in Oesterreich-Ungarn die 17 Landtage eröffnet worden. Die Angelegenheiten, welche die meisten derselben diesmal zu besorgen haben werden, sind, wenn auch sehr wichtig für die betreffenden Länder, doch nicht von hervorragendem politischem Interesse. Einige kleine Landtage werden auch heuer ein wenig Spektakel machen, meint die „Deutsche Flg.“, doch sind dies solche, die auf die Zusammenfassung des Reichsrathes wenig Einfluß ausüben; die hervorragenden Landesvertretungen werden sämmtlich ruhig und ohne aufregende Debatten ihre Geschäfte abwickeln und die Entscheidung über die Fragen des Reiches dem in nächsten Monate zusammentretenden Reichsrath überlassen. Bemerkenswerth erscheinen die Neuierungen, mit welchen die polnischen Zeitungen die neue Session des galizischen Landtags begrüßen. Selbstverständlich wird in erster Linie die Frage ventilirt, ob es opportun sei, die Resolution in den Kreis der Beratungen zu ziehen. „Gazeta Narodowa“ bejaht die Frage. Es sei nicht gerade nöthig, sagt sie, aber es sei auch durchaus kein Grund vorhanden, sich der Berathung zu widersetzen. Im Gegentheil! der Augenblick dränge dazu, die Angelegenheit aufzunehmen, und zwar am passendsten in Form einer Adresse, welche die Beschwerden des Landes über die Vernachlässigung dieser Angelegenheit und ihre Zusammenwerfung mit anderen Dingen, besonders mit der Wahlreform, direkt an die Stufen des Thrones trage. „Gaz.“ ist weniger sanguinisch. Indem er ausführt, daß von einer Ministerkrise keine Rede und nur eine chronische konstitutionelle Krise, eine Krise des Programms vorhanden sei, rath er von allen oppositionellen Schritten gegen das zeitige Ministerium ab. Erst wenn über die Stellung des Kabinetts zu den parlamentarischen Parteien Klarheit herrschen wird, sei es an der Zeit, die Resolutionsfrage wieder ins Auge zu fassen. „Krai“ hat schon früher sich gegen die Berathung der Resolution in dem morgen zu eröffnenden Landtage geäußert.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat gestern die Ernennung der Wahlmänner stattgefunden, welche nach 4 Wochen, am ersten Mittwoch im Dezember die eigentliche Wahl vorzunehmen haben werden. Mehr als sechs Millionen Bürger der Vereinigten Staaten haben ihre Stimmen abgegeben, trotzdem wird 24 Stunden später das Resultat in New-York bekannt sein, trotz der ungeheuren Ausdehnung der Staaten und Territorien, über welche zerstreut die Wähler wohnen. Der Grund dieser Schnelligkeit, mit der das Resultat bekannt wird, liegt in der Theilung des ganzen Landes in so viele kleine Wahlkreise, daß man fast sagen könnte, dem Stimmberechtigten wird die Wahlurne in das Haus gebracht, wenigstens ist es einem jeden leicht gemacht, sein Recht auszuüben, ohne sein Geschäft dabei zu vernachlässigen. Die Wahlmänner werden in sämmtlichen Staaten direkt vom Volke erwählt und nur in Florida von der Legislatur ernannt. In dieser Weise erwählt also augenblicklich jeder Republikaner die „republikanischen“ Wahlmänner seines Staates und jeder Demokrat die „demokratischen“, anstatt direkt für Grant oder Greeley zu stimmen, und diese Wahlmänner können dann, in Theorie, jeden beliebigen Kandidaten aufstellen, in Wirklichkeit wählen sie jedoch nur den längst aufgestellten Parteikandidaten.

Da die Wahlmänner auf den einen oder den andern Präsidentschaftskandidaten bestimmt eingeschworen sind und durch ihre Unterschrift sich für die eine Partei engagiert haben, so ist der Ausfall der Wahlmännerwahlen entscheidend, und man kann ganz genau berechnen, wie viel Stimmen jeder der beiden Kandidaten erhalten wird. Es wird daher heute und morgen das der Sache nach definitive Resultat Europa bekannt sein. Der Wahlkampf hat sich in der letzten Zeit so entwickelt, daß die Wiederwahl von Ulysses Grant, das Unterliegen von Horace Greeley so gut wie gewiß ist. An Charakter und politischer Begabung scheint der eine Kandidat

didat ungefähr so viel werth zu sein als der andere. Grant hat die Hoffnungen, mit welchen man ihn vor vier Jahren begrüßte, durchaus getäuscht. Das Urtheil über ihn ist selbst bei der Mehrzahl seiner Anhänger ein keineswegs günstiges und lautet auf eine ziemlich Position staatsmännischer Unfähigkeit und geringe Neigung, der Korruption und dem Nepotismus im Staatsleben zu steuern. Hat Greeley, der sich vielleicht noch mehr als Nabulisti und Nennomist gezeigt hat, als Grant erscheint, so ist dies wohl nur daraus zu erklären, daß er obenauf kommen wollte, daß die Schwierigkeit für ihn viel größer ist als vor vier Jahren für Grant, und daß ihm deshalb alle Mittel recht und willkommen waren, in deren Auswahl man ja ohnehin in der neuen Welt minder peinlich ist als in unserem, wie die Demokraten sagen, „lendenlahmen, verrotteten und abgelebten Europa.“ Wie aber die Parteibildung sich nach und nach vollzogen hat, so muß Grant als Ausdruck der republikanischen, Greeley als der Mann der demokratischen und ehemaligen Sklavenhalterpartei angesehen werden, und wenn es auch selbstverständlich sich jetzt nicht mehr um die Parteigegensätze handeln kann, welche Grund des Sezessionskrieges waren, über diese vielmehr definitiv zu Gunsten der republikanischen entschieden ist, so ist es doch immerhin erfreulich, daß die amerikanische Junterpartei nicht aus Ruder kommt, und ist aus diesem Grunde der Sieg Grant's mit Genugthuung zu begrüßen. Grant soll seiner Wiederwahl bereits so sicher sein, daß er, wie den „Times“ aus Philadelphia geschrieben wird, jetzt schon eine Schwelgerei in seiner auswärtigen Politik vorbereitet. So soll Spanien gegenüber in Betreff Cubas energisch Front gemacht werden. Ebenso soll Mexico wegen der häufigen über den Rio Grande stattgefundenen, auf Viehraub gerichteten Einfälle zur Rechenschaft gezogen werden.

Für das auf dieser Seite Folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Der heutigen Nummer liegt ein Extra-Blatt bei, enthaltend Anerkennungen über die Heilwirkungen der **Hoff'schen Malzpräparate bei Hämorrhoiden, Lungen-, Magen- und katarhalischen Leiden** etc. — Verkauf bei den Herren Gebr. Pfehner, Markt 91, und Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6.

### Aechter Brust-Malz-Syrup, chemisch rein condensirtes Malz-Extract.

Aus der Brauerei von G. Weiss, Posen.  
Von ärztlichen Autoritäten als bewährt anerkanntes Mittel gegen

Husten, Heiserkeit u. ernstliche Brustleiden.

In Flaschen mit Gebrauchsanweisung à 1 Zhr. sowie à 15 Sgr. und in Probeflaschen à 8 Sgr. in Posen bei:

G. Weiss, Wallischei 6,  
H. Wolkowitz, Wilhelmplatz 12,  
Eduard Stiller, Sapiehaplatz 1,  
Samuel Kantorowicz jun., Wasserstr. 2.

### Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalescière Du Barry von London.“

Allen Leidenden Gesundheit durch die delikate Revalescière du Barry, welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei den nachfolgenden Krankheiten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Merenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutauffeigen, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten über Genehungen, die aller Medicin widerstanden.

Certificat Nr. 48.421.

Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört, ich hatte mit Magenübeln und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuß der Revalescière befreit.

J. E. Sternert, Lehrer an der Volksschule.

Posen in Steiermark, Post Vörsfeld, 19. November 1870.  
Hochgeehrter Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß bestätige ich die günstige Wirkung der Revalescière, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist. Dieses vortreffliche Mittel hat mich von entsetzlichen Athembeschwerden, beschwerlichem Husten, Blähgasen und Magenkrämpfen, woran ich lange Jahre gelitten habe, ganz vollständig befreit.

Vinzenz Steininger, pensionirter Pfarrer.

Nachhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.  
In Blechbüchsen von 1/2 Pfd. 18 Sgr., 1 Pfund 1 Zhr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Zhr. 27 Sgr., 5 Pfd. 4 Sgr., 10 Pfund 9 Zhr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Zhr. — Revalescière chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Zhr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Zhr. 27 Sgr. Revalescière-Bisquit in Blechbüchsen à 1 Zhr. 5 Sgr. und 1 Zhr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen Nothe Apotheke A. Wühl, Krug & Fabricius, F. Kromm, Jacob Schlesinger Söhne, in Posen-Pissa bei S. A. Scholtz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei Fris Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Speiserei- und Delikatessenhändlern.

### Protest.

Der Artikel Dornik — „Hohe Kultur“ — worin der Verfasser desselben in Nr. 512 dieser Zeitung sich auch die Nennung meines Namens erlaubt hat, ist ohne mein Wissen und Einverständnis der Öffentlichkeit übergeben.

Silberne Medaille.



### Mein Lager

aller Sorten Sorten ist jetzt reichhaltig assortirt und empfehle ich das Herren Konsument zu soliden Preisen bei b. kaunter Realität.

Preis-Courante gratis.

Silberne Medaille.



J. Petersdorff,  
Bronerstraße 7.

In unserem Verlage ist erschienen:

## Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Pański 1873 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedynczo 10 sgr.

Kalendarz ten zawiera, prócz astronom. i kościelnego.

Anna Orzelska, pani Błękitnego Pałacu, przez J. Barłoszewicza;  
O rodzinie Kopernika;

Wyprawa do miasta, historia nowo-rocza;

Obliczenia cen nowych miar i wag podług starych;

Wykaz jarmarków dla W. Ks. Poznańskiego, Prus Zachodnich, Wschodnich i Śląska, i t. d. i. t. d.

Posen, im Oktober 1872.

Gesbuchdruckerei von W. Decker & Co.  
(E. Röstel.)

### Bekanntmachung.

Die von den Interessenten einzuliefernden halbjährigen Pfandbriefzinsen von Weichnachten 1872 werden vom 12. bis incl. 31. December d. J. täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in der General-Landchafts-Kasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr abgenommen werden. Die Zahlung geschieht nach § 236 der Credit-Ordnung in Caution oder in Coupons, welche in denselben Termine fallig werden.

Die Zinsauszahlung an die Interessenten beginnt mit dem 2. Januar und dauert bis zum 16. Januar 1873. Nach dem Schluß der Zinszahlung-Termine am 16. Januar so wie bei dem Agenten am 16. Februar 1873 wird unsere Kasse den sich meldenden Interessenten die Baluta für die Pfandbrief-Coupons in der 3. it vom 21. Februar bis zum 18. Mai 1873 ohne besondere Maschete, jedoch immer nur am 5. und 20. jeden Monats in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags ausgeben, und wenn die benannten Termine auf einen Sonntag oder Feiertag fallen, die Geschäfte am nächsten folgenden Werktage erledigen. Die Coupons-Präsentanten sind gehalten, eine von ihnen vollzogene Nachweisung beizufügen, mit Benennung des Guts, der Nummer des Pfandes und des Zahlungstermins der Coupons, und zwar nicht bloß in dem erwähnten Termine, aber auch nach demselben einzureichen, widrigenfalls die Coupons auf ihre Gefahr und Kosten zurückgegeben resp. remittirt werden.

Die Präsentanten der Talons empfangen die neuen Couponsbogen gegen eine von ihnen vollzogene Nachweisung, welche die Nummer, das Gut und den Betrag enthalten muß, vom 18. Januar bis zum 18. April 1873 exclusive in der Kasse, später müssen sie ihre Ansprüche bei der Direction formiren.

Hierbei wird bemerkt, daß die General-Landchafts-Kasse während der Dauer des Zins- und Zinszahlung- und Auszahlung-Termine über in den Nachmittagsstunden nicht anwimm.

Wer daher die Pfandbriefzinsen bis zum 31. December d. J., 12 Uhr Mittags, nicht einbringt, sowie wessen Gelder von der Post bis zu diesem Tage nicht eingehen, ist zur Entziehung der reglementsmäßigen Verzugszinsen verpflichtet.

Schließlich wird bemerkt, daß Diejenigen, welche die Zahlung bis auf die 1. iten Tage verschoben, leicht in die Lage kommen können, in dem Kassenlokale, des Andranges der Geschäfte wegen, lange warten zu müssen, was durch frühere Zahlung der Zinsen, namentlich in fortirtem Gelde oder in größeren Kassen Anweisungen, vermieden werden kann.

Posen, den 30. Oktober 1872.

### General-Landchafts-Direction.

### Handels-Register.

Die in unserm Namen-Register unter Nr. 315 eingetragene Firma G. Gottschyner, Ort der Niederlassung Posen, ist erloschen.

Posen, den 1. November 1872.  
Königliches Kreisgericht.  
Erste Abtheilung.

### Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreis-Gerichts werde ich

Dienstag, 12. November d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

auf dem Markte hieselbst:

1 Kutschwagen und zwei

braune Kutschpferde öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, 4. November 1872.

Der Auktions-Kommissar

Schroeder.

### Bekanntmachung.

### Einführung neuer Telegraphen-Freimarken.

Mit dem Schluß des Monats October d. J. werden die bisherigen mit der Bezeichnung „Norddeutsche Bundes-Telegraphen-Freimarken“ versehenen Telegraphen-Freimarken außer Gebrauch gesetzt. An ihre Stelle treten vom 1. November d. J. ab neue Telegraphen-Freimarken, welche im Wesentlichen die Form und Bezeichnung der bisherigen Freimarken haben, aber mit der Umschrift:

„Telegraphie des Deutschen Reichs“

versehen sind und die Werthbezeichnung „Groschen“ in schwarzem, fäit hieselbst in welchem Ueberdruck enthalten. Die neuen Telegraphen-Freimarken werden von den Telegraphen-Stationen zu dem Nennwerthe des Stempels vom 24. October c. ab an das Publikum abgegeben.

Verwendbar werden die neuen Marken überall erst vom 1. November d. J. ab.

Die am 1. November d. J. in den Händen des Publikums verbleibenden alten Freimarken können bis zum Schluß d. J. bei den Telegraphen-Stationen gegen neue Marken gleichen Werthes umgetauscht werden.

Vom 1. Januar 1873 ab werden die bisherigen Telegraphen-Freimarken zum Umtausch nicht mehr angenommen und verlieren ihren Werth.

Berlin, den 18. October 1872.

Kaiserliche General-Direction der Telegraphen.

In Vertretung:

(gez.) Meydam.

### Bekanntmachung.

Insterburg, 28. Octbr. 1872.

### Am Donnerstag

d. 14. November d. J.

findet hieselbst ein außer-

ordentlicher

Vieh- u. Pferdemarkt

statt.

### Der Magistrat.

Den Erben des zu Thom's, Kreis Ampfisch, verstorbenen Gottlieb Benjamina Knopf soll der 4% Posen'sche Pfandbrief Nr. 47/435 Wittolajewicz, Kreis Gnesen, über 500 Zhr. ohne Coupons und Talons, und dem Kaufmann Moritz Kuczyński zu Posen soll der 3 1/2% Posen'sche Pfandbrief Nr. 47/73 Orymislawicz, Kreis Breschen, über 20 Zhr. ohne Coupons und Talons, abhanden gekommen sein.

Die etwaigen Inhaber dieser Pfandbriefe werden hierdurch öffentlich aufgefordert, sich spätestens bis zu dem

am 15. September 1873,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Kreis-Verichtsstelle im Stadler an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer Nr. 13 anstehenden Termine zu melden und ihre Eigenthumsansprüche nachzuweisen, widrigenfalls die Amortisation der Pfandbriefe zu gemäßen haben.

Posen, den 16. September 1872.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

### Auktion.

Auf Befehl des Königl. Kreisgerichts werde ich Freitag, den 8. d. Mts., in meinem Auktions-lokale Sapieha-Platz Nr. 6, die Möbel, Kleidungsstücke, Wäcker, 4 große Repoitורים, sowie eine Partie Bäder und Uhren meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Grosse,

Königl. gerichtl. Auktions-Kommissar



Die Lernende sind berechtigt, mit Genugthuung auf das vorige Semester zurückzublicken, daß sie durch ernsten Eifer und gewissenhaften Fleiß zu einem allseitig fruchtbaren gemacht haben. Das Lehrpersonal ist durch neue Berufungen von 45 auf 66 ordentliche und außerordentliche Professoren verstärkt worden, denen sich im neuem Semester auch ein Privatdozent angeschlossen hat. Auch zur weiteren Vervollständigung des Lehrmaterials und der Hilfsanstalten bietet die kaiserliche Regierung fortwährend mit größter Liberalität die Mittel, so daß die Zukunft der neuen Hochschule die günstigsten Aussichten bietet. An die Berichterstatter schloß dann der neue Rektor eine interessante und geistreiche Rede über die frühere wissenschaftliche Geschichte Straßburgs und des Elsasses in dem speziellen Bereiche der beschreibenden Naturwissenschaften. — Offiziell wird bei dieser Gelegenheit auch bestätigt, daß die bis jetzt festgestellte Frequenz der Universität eine höchst befriedigende ist. Die Zahl der Studierenden wird wahrscheinlich nahe an 400 kommen.

### Oesterreich.

Wien, 3. November. Die Wahlreform bildet heute das allgemeine Tagesgespräch. Ueber den Sachverhalt schreibt die „Presse“ folgendes:

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Bourparlers in der Wahlreformfrage mit den Mitgliedern der Verfassungspartei entweder Ende der nächsten, oder spätestens anfangs der zweitnächsten Woche beginnen werden. Das Ministerium ist gekommen, die Bedingungen, welche konfessioneller Natur sein sollen, noch in diesem Monat zu Ende zu führen, da erst auf Grundlage der Ergebnisse derselben die Schlussredaktion der beiden Gesetzentwürfe im Ministerrathe erfolgen wird und die Regierung gleichzeitig Verth daran zu legen scheint, das Elaborat dem Reichsrathe unmittelbar bei seinem Wiedereröffnungstermine vorzulegen.

Aus Vnz geht die Nachricht ein, daß zwischen dem Stifte St. Florian und der Regierung wegen der Prälatenwahl ein Konflikt ausgebrochen ist. Die Statthalterei besteht, nachdem das Konordat aufgehoben ist, auf dem Rechte der Investitur; das Stift, vom Bischof Radigier unterstützt, protestirt dagegen. — In Böhmen will, wie die „Fr. Pr.“ erzählt, die jungescheische Partei den „passiven Widerstand gegen die Schulgesetze nur aufgeben, um dem „aktiven“ Widerstand Platz zu machen. Was unter dem letzteren zu verstehen sei, darüber kann kein Zweifel obwalten. Man wird es eben mit den Schulgesetzen halten, wie man es mit dem Vereinsgesetze, mit dem Versammlungsgesetze, mit der Pressefreiheit, für, wie man es mit allen Erwerbsgesetzen des Konstitutionalismus gehalten hat; man wird die Legalität der Schulgesetze nach wie vor bestreiten, dieselben aber im Uebrigen für nationale Zwecke nach Kräften ausnützen.

### Schweiz.

Der zürcher Regierung ist im Großen Rathe vor Zürich eine Interpellation der Herren Prof. G. Vogt, Staatsanwalt Borrer, Stadtschreiber Biegler, Fürsprecher Brunner, Oberrichter Dr. Streuli und Obergerichts-Präsident Honegger gegen die Auslieferung des Russen Netschajew angekündigt. Inzwischen veröffentlicht das Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Zürich den betreffenden Beschluß. In dessen Motivierung heißt es unter Anderem:

„Die That Netschajew's ist ein gemeines Verbrechen. Sie ist weder politisches Verbrechen, noch steht sie mit einem solchen in nothwendigem Zusammenhange. Nicht einmal vom Verschönerungsstandpunkte aus betrachtet, ist die That eine Nothwendigkeit, da sie die Thatfache des Verraths seinerseits an der gemeinsamen Sache festhält, noch aus seinem Verhalten ohne Weiteres die Annahme gerechtfertigt war, er werde zum Verräther werden. Das wollen die übrigen die Mörder nicht einmal feststellen. Ihnen genügt die Thatfache, daß Zwanow gegenüber der Zumuthung, unbedingt die Befehle des Oberen, d. h. Netschajew's, zu vollziehen, sich renitent zu zeigen anfing. Es war also nicht das Resultat eines von Zwanow selbst durch geliebten oder angedrohten Verrath eröffneten Kampfes, sondern lediglich das Werk einer barbarischen Privatjustiz, die ohne Berücksichtigung auch nur der gewöhnlichsten Form zur Entdeckung der Wahrheit und zur Wahrung der Interessen der Angeeschuldigten über ihr Opfer zu Gericht saß und sofort das Urtheil vollzog.“

Zwanow wurde zuerst von den Verschönerern in einer Grotte bei Moskau zu erschossen versucht und schließlich von Netschajew mit einem Revolververwurf getödtet. Die Auslieferung erfolgte übrigens unter der Bedingung, daß Netschajew nur für die Ermordung Zwanow's zur Rechenschaft gezogen werden dürfe, nicht aber wegen seiner politischen Vergehen, was freilich einen konkreten Unterschied nicht machen wird.

Bern, 2. November. Die Interpellation der zürcher Regierung gegen die Auslieferung Netschajew's im Großen Rathe des Kantons Zürich erfolgte seitens des Professors G. Vogt. Gegenüber der gestern mitgetheilten Motivierung des Justiz- und Polizeidepartements hielt der Interpellant fest, daß, wenn auch der Mord Zwanow's ein politischer und vielleicht ungerichteter Verbrechen, die That doch dem Wesen nach, eine politische gewesen sei. Die wahre Ursache, warum man in Rußland keine Auslieferungsverträge bestanden, sei das russische Strafverfahren. Sogar Preußen habe der öffentlichen Meinung Rechnung getragen und Rußland den bezüglichsten Kartellvertrag gekündigt. Zur Zeit, als dieser Vertrag noch in Kraft und der jetzige preussische Minister Graf zu Eulenburg an der Spitze der Provinz Preußen stand, sei ein polnischer Flüchtling auf der Flucht aus Sibirien in Königsberg angekommen, wo seine Schicksale, welche später veröffentlicht, eine gewisse Theilnahme erregt. Rußland habe seine Auslieferung verweigert; Graf zu Eulenburg habe ihn aber noch rechtzeitig gewarnt. Der demokratischen Regierung des Kantons Zürich würde es wohl anstand haben, den Grafen zu Eulenburg in dem Falle Netschajew als Muster zu nehmen. Wenn der Fall Netschajew mit dem jenen polnischen Flüchtlings auch nicht ganz analog, ist dieses Citat für den Grafen Eulenburg vom rein menschlichen Standpunkte doch sehr zweifelhaft.

### Frankreich.

Paris, 2. November. Die Monarchisten waren entrüstet über die republikanischen Bankette, welche Gambetta veranstalten ließ, während der Parlamentsferien für die Republik Propaganda zu machen. Schließlich haben sie sich aber durch jene frühere Entrüstung nicht abhalten lassen, gleichfalls für ihre Sache in Bordeaux ein Zweckfest zu veranstalten und Tischreden zu halten, die bei den Republikanern eben so viel Entrüstung hervorzurufen geeignet sind. Dem Bankett wohnten die Deputirten Princeau, Quastor der Nationalversammlung, der Herzog Decazes de Carayon-Latour, Bonnet, Johnson, der Marquis de Lure-Saluces und Adrien Leon an. Der Hauptredner war Princeau. Der Vorredner desselben, Gustav Samazeuilh, ein bordeauxer Bankier, hat nämlich auf einen glücklichen „Lendemain“ den folgenden Tag, das heißt: den Tag nach dem Sturz der Republik, betreten, und der heißblütige Quastor übernahm es, zu erklären, was dieser „Lendemain“ sein müsse; er sprach:

„Meine Herren! Hier spreche ich nicht mehr in meinem Namen. Ich erinnere an den Pakt von Bordeaux. Es ist unmöglich, denselben auf zweideutige Weise auszulegen; er ist ein Waffenstillstand, eine Verabredung einer jeden endgiltigen Lösung der Regierungsfrage. Die Neutralität ist noch immer das Gesetz, die Pflicht der Regierung.

Wird diese Neutralität beobachtet? Herr Thiers erklärt sich offen für die Neutralität. Er drückt diese Meinung nicht allein auf der Tribüne aus, sondern auch durch seine Annahme der Adresse des vom General Chanzy präsidirten Generalraths der Ardennen und der Annahme der übrigen an ihn gerichteten Adressen. Der Pakt von Bordeaux ist also offen gefällig worden. Herr Thiers erklärt sich zwar für die konervative Republik; konfessionell oder nicht, es wäre immer die Annahme einer definitiven Regierungsform, die Verlegung des Paktes. Andererseits spricht sich aber Herr Gambetta, dessen Kühnheiten durch die Worte, die Handlungen, die Briefe der Herren Thiers und Barthélemy St. Hilaire ermuntert worden, für eine Republik aus, die Herr Thiers nicht als die seinige erklärt. Auf diese Weise ist die Diskussion zwischen den beiden Republikanern eröffnet, als wenn die kompetente Behörde beschließen hätte, daß die definitive Regierung die Republik sein, und die Debatte zukünftig nur zwischen der konstanten Republik Herrn Thiers, und der radikalen Republik, Herrn Gambetta, stattfinden sollte. (Allgemeine Heiterkeit.) Ist ein schlagender Beweis für die Verlegung des Paktes von Bordeaux notwendig, welcher die Debatte zwischen der Republik und der Monarchie vorbereit? Es ist an uns, meine Herren, auf den Pakt von Bordeaux zurückzukommen und uns nicht die Monarchie zwischen zwei Republikanern beseitigen zu lassen. Es giebt nur eine Republik, und es ist Herr Thiers, welcher von der gemäßigten Republik gesagt, sie ende immer damit, daß sie blutig oder dumm werde. Das, was dem Historiker Thiers absolut unmöglich erscheint, scheint dem zum Präsidenten der provisorischen Republik gewordenen Herrn Thiers weniger unmöglich zu sein. Voll Vertrauen in sein Geie, empört er sich gegen seine Erfahrung. Er glaubt, daß für ihn das möglich ist, was, wie er weiß, für Andere unmöglich ist. Wir weisen auf die Illusion hin, aber wir können sie nicht theilen. Die Erfahrung darf für uns nicht verloren sein, die wir nicht von dem Schwindel der Regierung ergriffen sind. Was wir in einem Manne nicht finden, kann nur eine Staatseinrichtung uns geben: eine Einrichtung, welche die Regierung gegen gemeine Bewerbungen sichert; die den Staat vor neuen Wählerreien bewahrt, welche jedesmal entstehen, wenn die Regierung besetzt werden muß, und welche, wenn der Tod eine Lücke macht, sie sofort bloß durch die Macht des alten Rufes unserer Väter ausfüllt: „Der König ist todt!“ Es lebe der König! (Bravo.) Der etwas verlegene aussehende Herzog Decazes sprach nach Princeau und verlangte „die durch die parlamentarische Initiative und die ministerielle Verantwortlichkeit sichergestelltte Repräsentativ-Regierung und an der Spitze dieser Freiheiten die Monarchie, und zwar an dem Tag, wo Gott in seiner Güte dem Schiffe Frankreich den Hafen der Zukunft und des Heils zu eröffnen geruhen werde“. Zum Schluß brachte Carayon-Latour seinen Toast aus: „Ich schließe mich den Reden an, welche so eben gehalten wurden, und um unsere Einheit zu bekräftigen, rufe ich mit ganzem Herzen den Tag herbei, wo wir zusammen die Gesundheit des Königs und der Prinzen des Hauses Frankreich ausbringen werden.“

Das Bankett war ein neuer Versuch zu Gunsten der Einigung der Bourbonn und Orleans, die aber trotz des guten Willens derer, welche dem Bankett anwohnten, heute nicht mehr Aussichten hat als bisher. Die monarchistische Demonstration beschäftigt heute alle Blätter, manche betrachten sie nur als Vorspiel zu weiteren Kundgebungen. Auf Thiers scheint die Demonstration einen üblichen Eindruck gemacht zu haben; sein Organ tadelt die Unternehmung derselben sehr scharf.

Paris, 3. November. Die Reden des Präfekten und Maire von Constantine bei Empfang des neuen Bischofs, Mgr. Robert, haben wir gestern gebracht; wie es sich nun herausstellte, waren sie nachgemacht, aber die Leichtgläubigkeit und das Vergnügen, mit welchen sie überall aufgenommen wurden, lieferten den Beweis, wie gern man dergleichen vernahm. Es ist jedoch sicher, daß man in Algerien so denkt, wie es in den fingirten Reden hieß. Die „Opinion Nationale“ berichtet schon wieder einen Skandal:

„Der Superior des Waisenhauses in Alençon, der Vater Franz von Affisi, der Liebling des Bischofs von Sec, ist von den Geschworenen in Alençon zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden. Die Schandthaten, die bei der Untersuchung und in den Affisenverhandlungen an den Tag kamen, waren so empörend, daß sie sich der Öffentlichkeit entziehen und der Prozeß bei geschlossenen Thüren verhandelt werden mußte. Dieser saubere Waisenhausevater war früher päpstlicher Zuvater. Einer seiner Kollegen wurde bereits drei Mal zuchtpolizeilich verurtheilt, und dennoch befreite der Bischof die Waisen nicht von einer solchen Pflege. Ob diese und ähnliche empörende Vorfälle der National-Versammlung endlich die Augen darüber öffnen, wie wenig Bürgschaft die Aufsicht der Bischöfe über die Kongregationen-Anstalten bietet, wird die Folge lehren, ist aber kaum glaublich; denn die ultramontane Schaar in der National-Versammlung wird immer trotziger und greift immer mehr über, weil sie recht gut weiß, daß, sobald sie Furcht und Bedenken zeigt, den Furchtsamen die Augen aufgehen. Die Jesuiten haben nur zu sehr die Hand bei den Wählerreien der Legitimisten, bei dem Bankett in Bordeaux u. s. w. im Spiele. Der große Freund der Jesuiten und des pariser Erzbischofs, Mgr. de Ségur, hat geschrieben: „Die Republikaner wollen weder Autorität, noch diejenigen, die sie daran mahnen; die Autorität ist ihnen unbehaglich, sie hindert sie am Plündern und Morden; daher brauchen wir die Autorität, die religiöse Autorität mit dem „Vive le Pape! Vive l'Eglise!“ und die bürgerliche mit dem: „Vive le roi et les hommes du roi!“ Ja, meine Freunde, rufen wir den König zurück, den allein rechtmäßigen König Heinrich V.“ Ist das deutlich?“

Dem Organ der Orleans, dem „Journal de Paris“ verdanken wir einen überraschenden Aufschluß in Betreff unserer inneren Lage. Wir erfahren, daß Fürst Bismarck im Berliner Parlament eine Niederlage erlitten hat, welche das „Journal de Paris“ mit Prophetenblick vorhergesagt: die „deutschen Abgeordneten“ weisen seinen Kreisordnungs-Entwurf zurück. Der Fürst hat sein Zentralisationsbestreben siegreich durchzuführen nicht vermocht, da die Richtung im Volke („courant populaire“) und die aristokratische Richtung miteinander der Hand in Hand gehen, und die in den Provinzen Deutschlands („les provinces de l'Allemagne“) herrschenden Einrichtungen von dezentralisirendem Charakter aufrecht zu halten. Diese Dezentralisation, wie sie im Reiche besteht, trage in der That das originelle Gepräge, daß sie dem Volke die municipalen Freiheiten, für welche die Massen am meisten Verständnis haben, garantirt und zugleich die Grundlage bildet für den Einfluß der landständigen Aristokratie, der von dem Tage abnähme, an welchem die Centralgewalt sich direkt fühlbar machen würde. — Der Name des vollendeten Ignoranten, der dem „Journal de Paris“ diese glänzende Blamage „vor Europa“ attestirt, ist Louis Teste.

Einige pariser Blätter sind in den letzten Tagen so vernünftig geworden, wie es kaum zu hoffen war; sie unterstehen sich den hochpolitischen Witzsinn des Generals Ducrot offen zu tadeln und der „Avenir national“ geht sogar in seinem Eifer so weit, von der Regierung zu verlangen, daß sie dem Oberkommandanten des 8. Armeekorps einen offiziellen Hüßel ertheile. — Die deutschen Militärbehörden haben am 31. v. Mts. die neuerrichteten Baracken zu Nancy in Gebrauch genommen. Dieselben liegen hinter dem Bahnhofe in einer Ebene, welche den stolzen Namen des Marsfeldes trägt und etwa 20 Minuten vom Faubourg Saint Pierre ab liegt. Die Baracken sind viel komfortabler eingerichtet als die von Bar-le-Duc und nehmen einen viel größeren Raum ein. Man hat in diesem Lager zwei große Plätze frei gelassen, die zum Exerciren dienen können.

Epinal, 2. November. Die Vertheilung der deutschen Truppen im Departement der Vogesen ist so angeordnet, daß am 6. November im Hauptort Epinal eine Schwadron Dragoner und eine Batterie, dann am 12. ein Bataillon Infanterie eintreffen soll. An demselben Tage trifft ein Bataillon in Remiremont ein, ein anderes bereits am 6ten in Rambervilliers, am 4. eins in Saint-Dié. Am 8. treffen zwei Schwadronen Dragoner in Bains, am 5. eine Batterie in Charnes, am 14. ein Bat. in Raon l'Etape, am 14. ein Bat. in Neufchateau und am 13. eine Schwadron Kürassiere ebendasselbst ein. In Epinal sind die Baracken ungleich weniger schön als in Nancy und die Soldaten weniger vor Kälte geschützt. Die Stadt Epinal ist ein todes Nest und hat bei Weitem nicht die Mäßigkeit, die ihm von pariser Blättern angedichtet wird. Hierher, projektirten diese landeskundigen Journalisten eine Zeit lang, sollte die elässische Industrie verlegt werden. Es waren auch bereits Gründer im Werke, um eine große Aktiengesellschaft zu Stande zu bringen; das Haus Gutte Frères, hieß es, wolle sein großes Etablissement auch hierher verlegen. Aber das Geld wollte in Paris so wenig wie in den Vogesen flüssig werden, und so unterblieb aus Mangel an Zeichnungen die Verlegung jener großen Fabrik, für welche die Blätter so eifrig Propaganda gemacht hatten. (R. Z.)

### Spanien.

Der „Tiempo“ vom 31. Okt. schreibt über die Affaire Sagasta:

Das Votum des Kongresses, durch welches Sagasta mit 124 gegen 104 Stimmen in den Anlagestand verlegt wurde, hat nicht verfehlt, einen großen Eindruck in allen Kreisen der Gesellschaft zu machen. Man spricht nur von dieser bedauerlichen Geschichte, welche zu trüben Vorahnungen über das Schicksal der Männer der Septemberevolution berechtigt, deren Stellung mit jedem Tage unbaltbarer wird. Wie wir von verlässlicher Seite erfahren, wurde Hr. Zorilla gestern früh vom Könige Amadeo ziemlich kalt empfangen, indem dieser das Resultat des Votums im höchsten Grade mißbilligt. Zorilla, der einen höchst reizbaren Charakter besitzt, legt deshalb auch eine recht schlechte Laune an den Tag, die sich auch einigen seiner Kollegen mitgetheilt hat. Diese Sache wird übrigens die Lösung der Krisis beschleunigen.

### Italien.

Der „Opinione“ ist versichert worden, daß die Minister die Beratungen des Gesetzentwurfs über die religiösen Körperschaften und ihrer Güter in der Stadt und Provinz Rom abgeschlossen haben, und daß sie ihn der Kammer bei Eröffnung des Parlaments mit dem Ministerialbericht und den Motiven vorlegen werden. Wie die „Unita Nazionale“ von Neapel berichtet, ist der französische Gesandte Fournier schon nach Rom zurückgekehrt, obgleich sein Urlaub erst am 10. November abläuft. Er besuchte sofort den Minister Visconti Venosta und erklärte von Neuem, daß seine Regierung nicht daran denke, sich in die Angelegenheit der religiösen Körperschaften einzumischen. Was die Erhaltung der Generalate betreffe, so habe sich Frankreich nur der Haltung der anderen katholischen Mächte angeschlossen; übrigens erkenne es das Recht der italienischen Regierung an, ganz nach Belieben zu verfahren. Wollte sie die Institute französischen Ursprungs aufheben, so solle sie wenigstens die Güter derselben ihrer Bestimmung nicht entfremden. — Die Einsprüche in die Gemeindefschulen übertreffen alle Erwartungen. Es stellt sich im Vergleich zum vergangenen Jahre eine Vermehrung um die Hälfte heraus. In dem Zuwachse befinden sich mehr als hundert Knaben, welche bisher die kirchlichen Schulen besuchten.

### Großbritannien und Irland.

London, 2. Nov. Ueber den Schiedsspruch des deutschen Kaisers hat sich die öffentliche Meinung von Tag zu Tag mehr beruhigt. Eines derjenigen Blätter, welches schon von Anfang an eine richtige Auffassung bezeugte, die „Saturday Review“, spricht heute seine vollständige Billigung des kaiserlichen Urtheils aus:

„Der deutsche Kaiser hat keinen völlerrechtlichen Grundsat aufgestellt. Man kann nicht auf der Behauptung beharren, daß der Vertrag von 1846 in unzweideutiger Sprache den Mosario-Kanal gemeint habe. Keiner der beiden Ansprüche deckte sich mit den streitigen Worten ganz genau, und der Schiedsrichter, dem eine dritte Möglichkeit nicht gegeben war, entschied nach seinem besten Urtheile gegen die Forderung Englands. Es ist unmöglich, den Nachweis zu führen, daß sein Ausspruch das Richtige getroffen habe; aber eben so unmöglich ist es, zu beweisen, daß er nicht das Richtige getroffen habe. Wie es scheint, würde der Kaiser gern eine praktisch billigere Lösung gegeben haben, wenn ihm nicht der Washingtoner Vertrag selbst einen Kompromiß abgeknitten hätte.“

Die „Morning Post“, welche am 25. Nov. 1772 zum ersten Male als kleines Blättchen erschienen war, feierte am 2. d. M. ihren 100jährigen Bestand. Sie giebt ihren Lesern ihre Lebensbeschreibung. Aus derselben entnehmen wir, daß damals nur fünf andere Blätter in London erschienen, nämlich das „Morning Chronicle“, der „Public Advertiser“, der „Public Ledger“, „London Packet“ und „Gazette“. Das „Morning Chronicle“ ist seitdem entschlafen, der „Morning Herald“, der elf Jahre später als die „Post“ gegründet wurde, ist vor nicht langer Zeit eingegangen. Das heutige Riesenblatt, die „Times“, ist erst 13 Jahre nach der „Post“ geboren worden, führte zuerst den Namen „Daily Universal Register“ und hat erst später den Namen angenommen, unter welchem sie an allen Orten, wohin Handel und Zivilisation gedrungen sind, bekannt ist.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 6. November.

— Trotz aller Beschwerden über die mangelhaften Verkehrsmittel beim Depeschverkehr wird nichts bekannt, was auf eine Besserung der gegenwärtigen schweren Uebelstände hoffen ließe. Wie man geliebt z. B. die telegraphische Verbindung zwischen Berlin und Posen ist, geht aus folgender Thatfache hervor. Die Posenener Zeitung ließ sich im Monat Oktober mittels Privattelegramm die Courfe mehrerer hier stark gehandelter Werthpapiere direkt von der Börse melden, doch die gleich nach zwei Uhr aufgegebenen Depeschen gingen uns erst nach Ausgabe der Zeitung, frühestens um 6 Uhr, meist aber noch später zu, so daß wir die Meldungen für unsere Nachmittagszeitungen nicht mehr benötigen konnten. In Folge dessen sahen wir uns veranlaßt, diese Drahtberichte wieder abzugeben.

— Das schon seit geraumer Zeit angekündigte Konzert des Violin-Virtuosen August Wilhelmj wird nun am 8. d. Mts. im Bazar stattfinden. Wir begnügen uns mit dem bloßen Hinweis darauf um so lieber, als Herr Wilhelmj längst als einer der ersten unter den lebenden Künftlern seines Instruments vom Publikum sowohl wie von der Kritik anerkannt worden ist.

— Aus der Provinz wird uns geschrieben: Zu den kanonischen Pflichten eines Geistlichen gehört bekanntlich, außer dem Messelesen, Beichtgeheßen und Krankenbesuche, auch noch das



Brevirlesen zu bestimmten Stunden des Tages. Von diesen kanonischen Pflichten sind nur Geistliche befreit, welche im Lehrfache thätig sind. So ist es durch einen besondern Kanon des Tridentinischen Konzils angeordnet und darf, soviel mir bekannt ist, kein Bischof aus eigener Machtvollkommenheit einen Kanon des Konzils abändern. Trotzdem hat der jetzige Erzbischof Graf v. Ledochowski vor Kurzem einen eben erst ausgewählten Priester, Herrn Janin, von der Ausübung der erwähnten kanonischen Pflichten befreit. Und zu welchem Zweck? Um dem jungen Geistlichen gleichzeitig die Nomination als Kanonik zu geben beim Konfistorium in Gnesen zu geben. Diese Verwendung eines Geistlichen zu einem Amte, zu dessen Ausübung schon gute Elementarschulkenntnisse hinreichen, dürfte auch die Wichtigkeit des Geschlechts über Mangel an Weltgeistlichen widerlegen, welches zur Zeit der Ausweisung der Jesuiten von den kirchlichen Blättern erhoben wurde.

Der „Kurier Poznański“ scheint die Aufgabe übernommen zu haben, alle die Rezepte, welche im ultramontan-jesuitischen Lager erfunden werden, um das Kapital zu christianisieren, ins Polnische zu übersetzen. Kürzlich wollte er die Lebensversicherung „Vesta“ benützen, um die Erbschaften des Papstes zu vermehren, und nun kommt er mit dem Projekt, den polnischen Kreditgenossenschaften einen „ausgeprägt christlichen Charakter“ zu verleihen, damit sie „den Segen des hl. Vaters“ sich erwerben. Die polnischen Genossenschaftsvereine werden aber schwerlich Lust dazu haben, weil sie wissen, daß der Segen des heiligen Vaters ihre Kassen mehr leeren, als füllen würde, denn das christianisierte Geld läßt sich äußerst schwer festhalten, bald wanderts nach Rom, bald nach Homburg.

**Polnisch-ultramontane Anschauungen.** In einem seiner Leitartikel, als deren Verfasser einer der hervorragenden ultramontanen Parteiführer unserer Provinz gilt, äußert sich der „Kurier Poznański“ folgendermaßen: „Der Standpunkt, welchen der „Diemitt Poznański“ in religiösen Fragen einnimmt, ist derselbe, wie derjenige, auf dem sich die deutschen Liberalen und Fürst Bismarck befinden; denn ob sich die Religion im Dienste der Staatsidee, oder im Dienste der Nationalitäts-Idee befindet, ist schließlich ganz dasselbe. In dem einen, wie in dem anderen Falle wird ihr der Charakter rückwärtsloher Wahrheit genommen, aus einer Königin und Meisterin macht man sie zur Sklavin. Ueber die Zwiwle äußert sich das polnisch-ultramontane Blatt folgendermaßen: „Die gewaltige Mehrheit, fast die Gesamtheit der polnischen Bevölkerung glaubt, daß die Ehe ein Sakrament sei, und daß Jeder, der diese Sache anders aufstellt, sich selber aus der Kirche ausschließe. Deswegen, wenn unsere Abgeordneten, mit Umgehung des Kerns der Frage, sich gegen die Zwiwle nur aus dem Grunde erklären würden, weil dieselbe unseren nationalen Traditionen zuwiderläuft, so würden sie dadurch die Sache selbst auf ein niedrigeres Niveau bringen, und schwer die Gefühle Derjenigen verletzen, welche sie zu Abgeordneten gewählt haben.“

**Zum Abgeordneten für den Provinziallandtag** ist seitens des Rittersstandes in den Kreisen Ost und Oberrhein Hr. Hippel v. Turno-Diezler, zum ersten Stellvertreter Hr. Jos. v. Wielenzki-Miesawa, zum zweiten Stellvertreter Graf Mielzynski-Twino gewählt worden. Als Kandidat der deutschen Partei war gegenüber Herrn v. Turno Hr. Joseph-Balczyn aufgestellt. Von deutschen Wählern waren ausgeschieden die Herren v. Jagow-Uchorsko, Martini-Lutowo, v. Winterfeld-Murawana-Goslin, Graf v. Büdler-Weina, v. Treskow-Brudruski, v. Treskow-Schladowo, Heimann-Chudopiecz, v. Poncet-Neutomyel, Beyme-Grätz, v. Oppen-Brody und ist diesem Umstande das Durchkommen des polnischen Kandidaten zuzuschreiben.

**Die städtische Einkommensteuer** ist seit dem Jahre 1869 seitens des Magistrats von den Beamten in der Weise erhoben worden, daß nicht wie bisher, die Beamten zur Zahlung der Einkommensteuer von der Hälfte des Dienstverdienstes herangezogen, sondern vielmehr von dem ganzen Dienstverdienst herangezogen wurden, von der darauf entfallenden Einkommensteuer jedoch nur die Hälfte zu zahlen hatten. Da die Besteuerung von höherem Einkommen eine verhältnismäßig bedeutend höhere ist, als von geringerem Einkommen, so hatten danach die Beamten eine beträchtlich höhere Einkommensteuer zu zahlen. Nachdem aber mehrere derselben dagegen vergebens reklamiert, u. als dann gegen die Kommune Posen die Klage angebracht hatten, kam diese vor Kurzem seitens des Obertribunals zur Entscheidung. Danach hat der Magistrat die Beamten nur von der Hälfte des Dienstverdienstes zur Besteuerung heranzuziehen, auch den Klägern die seit dem Jahre 1869 zu viel gezahlte Steuer zu erstatten. Wie verlautet, beabsichtigt nun der Magistrat denjenigen Beamten, welche nicht in der gesetzlichen dreimonatlichen Frist reklamiert haben, die zu viel gezahlte Steuer nicht zurückzahlen.

**Stenographenverein „Gabelberger.“** Am 26. v. Mts. hielt der hiesige Stenographenverein „Gabelberger“ seine Generalversammlung ab, um von dem Stand und der Lage des Eigentums und Vermögens des Vereins Kenntnis zu nehmen. Demgemäß erstattete die in der letzten Monatsversammlung gewählte Ausschusskommission Bericht über die vorgenommene Besichtigung des Archivs, des Eigentums, der Bibliothek so wie der Kassenverwaltung. Das Ergebnis der Revision war ein ganz zufriedenstellendes, weshalb die Versammlung die Ertheilung der Dache nach der Vereinsbeamten beschloß. Was den Verein selbst anlangt, so erfreut sich derselbe einer regen Theilnahme. Gegenwärtig werden drei Kurse abgehalten, und zu Uebungen versammelt sich der Verein statutenmäßig wöchentlich ein Mal. Der Vorstand besteht aus den Herren Friedrich, Krüger, Lange und Reimann. Im Uebrigen ist schließlich noch die Bereitwilligkeit zu erwähnen, mit welcher der Magistrat in einem Zimmer der Simultanstule auf ein Gesuch des Vereins denselben für dieses Jahr ein Lokal zu seinen Versammlungen eingeräumt hat.

**Personalveränderungen in der Armee.** Schmidt von Knobelsdorf, Major und etatsmäßiger Stabschef, im 2. Hannov. Ulan. Regt. Nr. 14, dem Regt. aggregiert und zur Wahrnehmung des Bezirks-Kommando. Geschäfte des 2. Bats. (Stralsund) 1. Pomm. Landw. Regts. Nr. 2, nach Stralsund kommandiert. v. d. Groeben, Major und etatsmäß. Stabschef, im 2. Hannov. Drag. Regt. Nr. 16, in gleicher Eigenschaft zum 2. Hannov. Ulan. Regt. Nr. 14, Brir, Major und Eskadr. Chef im Schlesw.-Holstein. Ulan. Regt. Nr. 15, als etatsmäß. Stabschef, in das 2. Hannov. Drag. Regt. Nr. 16 verlegt. v. Wagner, Rönigk. Württemberg. Major, zum 2. Brandenburg. Drag. Regt. Nr. 12, beauftragt Uebernahme der Funktion als etatsmäß. Stabschef kommandiert. v. Heydebeck, Major und etatsmäß. Stabschef, vom 2. Brandenburg. Drag. Regt. Nr. 12, mit der Führung dieses Regts., unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. v. Bonin, Rittm. und Eskadr. Chef von demselb. Regt., der Charakter als Major verliehen. Frhr. v. Nitzthofen, Major und Eskadr. Chef vom 1. Schles. Hus. Regt. Nr. 4, ein Patent seiner Charge verliehen. Güllmann, Major vom Kriegsminist., als aggreg. zum Schles. Train-Bat. Nr. 6 verlegt. Krüger, Maj. a la suite des Pomm. Fuß-Art. Regts. Nr. 2, unter Einbindung von dem Verhältnis als Feuerwerksmeister der Art. zur Führung des gedachten Regts. kommandiert. Schultze, Sec. Lt. vom Niederschles. Train-Bat. Nr. 5, zu der prov. neu zu formierenden Train-Kompagnie des Pomm. Train-Bats. Nr. 2, kommandiert.

**XX Deutschen.** 1. November. [Kreislehrerkonferenz.] Gestern wurde hier die diesjährige Kreislehrerkonferenz der Diözese Ruge unter Vorsitz des Superintendenten und Kreisstudieninspektors Schöber aus Tirschtiegel abgehalten. Es waren zu derselben 41 Lehrer und 4 Schulinspektoren erschienen. Herr Ephorus Schöber theilte zunächst den Anwesenden mit, daß die k. Regierung zu Posen den von der vorjährigen Kreislehrerkonferenz zu Tirschtiegel gestellten und im Konferenz-Protokolle aufgenommenen Antrag, den Lehrern, um an den Bezirks- und Kreiskonferenzen sich betheiligen zu können, Reisekosten und Diäten zu bewilligen, genehmigt hat, soweit Fonds in den Schulkassen vorhanden sind. Daraus gelangten die Referate über die von dem Vorsitzenden gegebenen Themata zum Vortrage. Die sich anschließende Diskussion war höchst matt und von sehr kurzer Dauer,

denn die meisten Mitglieder hüllten sich in Schweigen. Der von einem Landlehrer gestellte Antrag, die k. Regierung zu Posen zu ersuchen, bei den Landgemeinden dahin zu wirken, daß den Lehrern in Zukunft nicht nach Maag, sondern nach Gewicht das Naturalgehalt geliefert werden möchte, weil namentlich das Schüttmaß sich meistens als zu leicht erweist, fand die Zustimmung der Konferenz und wurde ins Protokoll aufgenommen.

**„Zutroschin.“** 3. November. [Kommunales.] Die Grabräumungen werden bei uns in diesem Jahre mit solchem Eifer und in solch großem Umfang betrieben, wie selten in einem Jahre vorher. Nicht allein, daß der Ula- und Nieborz-Graben unter Aufwendung von nahe an 700 Thlr. gründlich geräumt worden ist, auch die Räumung der meisten kleineren Abzugsgräben ist theils bereits erfolgt, theils angeordnet worden; das so sehr gefühlte Bedürfnis der Entwässerung unserer Grundstücke wäre daher gesichert, den hiesigen Grundbesitzern also ein erheblicher Nutzen geschaffen. An der Zeit wäre es, auch unsern handelsreisenden Publikum eine Verbindung mit Zutroschin oder Krotoschin (beide Orte liegen nur 2 Meilen von hier entfernt und werden binnen Kurzem Eisenbahnstationen) zu schaffen. Wir glauben, daß unser Vertreter im Kreistage Veranlassung hätte, diesbezüglich bei dem nächsten Kreistage vorstellig zu werden, umsonst als die zurückgezählten Gelder für die hülfsbedürftigen Landwirthschaften zu Kreiszweden verwendet werden sollen, wobei unsere Stadt mit einer nicht geringen Summe partizipirt.

**L. Peterawe bei Obersitzo.** 2. November. [Seltene Jubiläumfeier.] Der gestrige Tag brachte unserm gar freundlichen Pfarrkirchdorfe eine einzig in ihrer Art dastehende Jubiläumfeier, die noch lange in den Herzen aller Derjenigen ihren Nachhall finden wird, die sich daran betheiligt haben. Gestern waren es nämlich 50 Jahre, daß sowohl der hiesige evangelische Pfarrer, Pastor J. G. Rechner, sein geistliches Amt, wie auch der hiesige alleinige Ortslehrer, Kantor J. G. Ziebarth, ihr miteinander verbundenes Schul- und Kirchenamt angetreten hatten, und so konnten beide Jubilare vereint diesen festlichen Tag begehen. Noch vor 9 Uhr wurde durch den Männer-Gesangsverein aus Obersitzo der Kantorjubiläum in seiner Wohnung durch einen Choral und eine Motette begrüßt, deren Vortrag sich äußerst passend an das von den Kollegen daraufhin dargebrachte aus zwei Polsterstühlen bestehende Geschenk anknüpfte. Von einer ehemaligen Schülerin wurden ihm zwei silberne Leuchter verehrt. Darauf leitete derselbe Gesangsverein bei dem Pastorjubiläum in dessen Wohnung die Familienfeier durch einige Gesänge ein. Die kirchliche Feier nahm bald nach 10 Uhr ihren Anfang, wozu das bescheidene Kirchlein außerhals am Eingange wie auch innerhalb vor dem Altarraum mit Ehrenpfosten geschmückt war. Der Kantorjubiläum wurde aus seiner Wohnung von den Lehrern nach dem Pfarrhause geführt, und von hier ging der ganze Zug, die beiden Jubilare an der Spitze, zur Seite des Pastors der Herr General-Superintendent Kranz, zur Seite des Kantors der Herr Konfistorial- und Schulrath Jädel aus Posen, nach der Kirche. Dem Altar zunächst saßen nebeneinander die beiden Jubilare, im Halbkreis hinter ihnen die Diözesangeistlichkeit, und jenen Halbkreis abschließend zu Seiten des Pastors der Herr General-Superintendent und zu Seiten des Kantors der Herr Konfistorial- und Schulrath. Unter den Klängen der Orgel, gespielt von dem in Erin in gleichem Berufe auch schon 25 Jahre wirkenden Sohne des Kantorjubiläums, ertönte von der Menge erhebend das Lied: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr“, welchem liturgische Gesänge und der Psalm: „Der Herr ist mein Hirte“ — nachfolgten, was dieser Landkirchengemeinde, die Derartiges noch nicht gehört, zur größten Erbauung gereichte. Darauf hob der Superintendent vor, Herr Pastor Stämmeler aus Dufsch, vom Altar aus im Anschluß an das Evangelium: „Von den Arbeitern im Weinberge“, die so vielfachen Verdienste der vor ihm hingetretenen Jubilare in ergreifender Weise hervor und erwähnte auch dabei, wie beide ihre Amtsthellen nicht gewechselt, und darum auch in so großem Segen gewirkt hätten. Die Gemeinde war tief bewegt dabei. Nach Ertheilung des Segens und Gesangs eines Verches betrat der Pastorjubiläum die Kanzel und führte noch speziell die mannigfaltigen Verdienste seines Jubilars der Gemeinde vor. Nach der Schlußliturgie wurde mit Gesang die über anderthalb Stunden anbauende kirchliche Feier beendet. Im Pfarrhause erfolgte durch die beiden Vertreter der Kirche und Schule die Mittheilung über eine Ordensverleihung an die Jubilare. Ein Festmahl schloß die seltene Feier, welche ein schönes Fest genannt zu werden verdient, da der 75-jährige Pastorjubiläum in den 44 Jahren seines Hierseins, nachdem derselbe in Filchne 6 Jahre Rektor und Hülfsprediger gewesen, zu dem 60-jährigen Kantorjubiläum, der seine ganze Amtszeit hier in seinem gleichzeitigen Geburtsorte verlebte, allezeit in einem wahrhaften Freundesverhältnisse gestanden hat.

**„Fleschen.“** 3. Nov. [Pensionierung.] Vor ca. zwei Monaten kam Herr Bürgermeister Hauginger beim Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung um Aufbesserung seines Gehaltes auf jährlich 1000 Thlr. oder im Nichtgewährungsfalle um seine Pensionierung ein. Letzteren Antrag motivirte er durch Hinweis auf seinen bedauerlichen Gesundheitszustand und Vorlegung eines Physikalatscheffes. Da sich zur Gehaltsaufbesserung wenig Willfährigkeit zeigte, nahm Herr Hauginger Urlaub, nach dessen Ablauf er einen Nachurlaub mit der Zustimmung erhielt, daß er vom 1. Januar l. J. ab mit einer Pension von jährlich 400 Thlr. in den gemäßigtesten Ruhestand treten könnte. Er will schon jetzt Fleschen verlassen und nach Breslau übersiedeln. Gestern verabschiedete er sich von der hiesigen jüdischen Gemeinde in der Synagoge in einer feierlichen Ansprache. Ob er auch in beiden Kirchen Abschiedsreden halten wird, ist noch nicht bekannt, doch wird dies allgemein erwartet. — Herr H. war hier 19 Jahre Bürgermeister und zur Zeit des Konfliktes zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus ein eifriger Agitator für jene, so daß er damals in feindlichen Kreisen als eine Stütze der Partei in offenkundiger Weise gefeiert wurde. Während des schleswig-holsteinischen Krieges wurde er kurze Zeit vom Grafen v. Reventera als österreichischer Hilfsarbeiter in Schleswig beschäftigt.

**—r. Wollstein.** 2. Novbr. [Städtische Sparkasse.] Gewerbeverein. [Fachs. Hopfen.] Die hiesige städtische Sparkasse nimmt einen rapiden Aufschwung. Seit Beginn des laufenden Jahres sind bereits 30,000 Thlr. Spareinlagen gemacht worden und namentlich verdient der Umstand Erwähnung, daß auch die arbeitende Klasse nunmehr in den Stand gesetzt ist, mitunter ganz bedeutende Spareinlagen zu machen. Es sind hierdurch nicht allein wesentliche Summen auf Wechsel, sondern auch auf Hypotheken verliehen worden. Außerdem ist noch so viel Baarvorrath in der Kasse, daß die Verwaltung gewillt ist, mehrere Tausend Thaler entweder im Ganzen oder getheilt auf Hypothek zu verleihen. — In der gestern Abends stattgehabten allgemeinen Versammlung des hiesigen Gewerbevereins setzte Herr Postwirthscher Brödtler seinen vor mehreren Wochen begonnenen, höchst interessanten Vortrag über Entstehung und Fortbildung des brandenburgisch-preussischen Postwesens fort. Trozdem die böhmischen und schlesischen Fabriken nach den hier eingelangten Berichten noch immer eine streng reservierte Haltung beobachten, machen doch unsere Flachs-Engros Händler seit 14 Tagen, in Erwartung besserer Verwendung, sehr bedeutende Einkäufe und zahlen je nach Qualität zwischen 10–13 Thlr. pro Ctr. Gingegeben geht es mit dem Hopfengeschäfte noch immer sehr schleppend. Fast alle Vorräthe befinden sich noch in erster Hand.

**„Inowracław.“** 3. November. [Ein Unglück.] Das sich dieser Tage in Symbror ereignete, ist wieder einmal ein Beweis, welche traurige Folgen die Angewohnheit unserer polnischen Landbevölkerung, mit den Schweinen die Wohnung zu theilen, haben kann. Gegen Ende vorigen Monats kamen 2 Ferkel mittlerer Größe in die Stube des Wirthes Thomas Wynarek, in welcher außer dem 14 Jahre alten Sohn Niemand anwesend war. Sie fielen, wahrscheinlich aus Hunger, sogleich über das Kind her, warfen es zu Boden, benagten ihm die linke Hand bis auf die Knochen, bißen ihm eine Wange und ein Ohr ab und verletzten ihm ein Auge. Das Kind, dem übrigens erst spät Erwachsene zu Hilfe kamen, verschied nach einigen Stunden.

## Zur Grundbuchordnung.

**Wongrowitz.** 4. November. Es ist in den öffentlichen Blättern, namentlich in der Posener Zeitung, schon öfter die Frage besprochen worden:

Wer die Grundbuchsachen zu erledigen habe, die vor der Inkraftsetzung der neuen Grundbuchordnung, also vor dem 1. Oct. d. J., bei der Abtheilung II. eines Gerichts eingegangen waren. Dies ist neuerdings in Nr. 516 der Posener Zeitung geschehen, mit der Aufforderung zur Aeußerung über diesen Gegenstand. Dies die Veranlassung zur gegenwärtigen Auslassung.

Erwägt man, daß durch das Gesetz mit dem 1. Oktober ein besonderes Amt eingesetzt worden ist, welches sich ausschließlich mit Grundbuchsachen zu beschäftigen hat, so führt das allein schon zu der Schlußfolgerung, daß von dem angegebenen Zeitpunkte an dieses Amt besetzt und auch verpflichtet ist, alle Geschäfte zu übernehmen, die durch das Gesetz ihm übertragen sind, mithin auch solche, welche der Abtheilung II. übergeben, aber von dieser nicht erledigt worden.

Die Zweifel, welche die entgegengetretene Ansicht anregt, scheinen, wie aus dem erwähnten Artikel hervorgeht, auf Bedenken sich zu gründen, welche wohl eigentlich außerhalb der Streitfrage liegen, wie z. B. wer die Verantwortlichkeit für die von dem 1. Oktober ab verfügbaren Sachen zu übernehmen hat, und nach welchen Formen die Sachen zu bearbeiten seien. Diese Bedenken dürften sich aber durch folgende Erwägungen beseitigen lassen.

Zu den unerledigten Sachen können doch eigentlich nur diejenigen gezählt werden, in welchen am 1. Oktober noch keine Verfügung ergangen war, denn ist darauf verfügt, so ist ja die Sache in der Hauptsache erledigt, und das die Sache übernehmende Grundbuchamt hat nur für die richtige Ausführung zu sorgen und ist natürlich nur dafür, aber nicht für die Verfügung selbst verantwortlich.

Ist noch keine Verfügung erlassen, liegt also der Fall vor, wo die Sache ganz eigentlich nicht erledigt ist, so muß das Grundbuchamt sie übernehmen, weil mit dem 1. Oktober jede andere Behörde zur Erledigung von dergleichen Sachen aufgehört hat, zu existiren.

Nimmt man diese Ausführung als richtig an, so sind damit auch alle in dem erwähnten Artikel aufgeworfenen Fragen beantwortet, wobei nur noch zu bemerken ist, daß eine am 30. September vom Deputierten entworfene Verfügung — da sie vom Rodeputierten nicht mitgezeichnet worden ist — als eine zur Ausführung noch nicht reife, mithin als eine unerledigte anzusehen ist.

Die Frage endlich, nach welchen Formen dergleichen Sachen zu bearbeiten sind, kann man der Entscheidung des Grundbuchamts selbst überlassen. Als Regel wird hierbei wohl immer angenommen werden, daß in dieser Beziehung die Vorschriften maßgebend sein müssen, welche zur Zeit des Eingangs eines Antrages gelten, obgleich eine Ungültigkeit gewiß nicht gefolgert werden könnte, wenn in einzelnen Fällen die Formen des neuen Gesetzes angewendet würden, z. B. wenn der Grundbuchrichter und Grundbuchführer eine Eintragung im Grundbuche unterschrieben, die vor dem 1. Oktober bereits verfügt war.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die in dem erwähnten Artikel ausgesprochene Ansicht, wonach auch das Publikum mit seinem Vermögen bei der Frage interessiert sei, nicht getheilt werden kann. Wenn nur sonst gesetzliche Bestimmungen nicht verletzt worden sind, so werden die betreffenden Verfügungen immer als gültig angesehen werden müssen — mögen sie von der Abtheilung II. oder vom Grundbuchamte erlassen worden sein.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Das bei seinem Erscheinen sehr beifällig vom Publikum aufgenommene Graf Münster'sche Kochbuch, betitelt „Gute Küche, eine Sammlung von Gerichten für Reiche und Arme, Gesunde und Kranke“, ist heute bei Otto Fank in Berlin in zweiter vermehrter Auflage erschienen.

\* Die Aichordnung, für den norddeutschen Bund bestimmt, ist inzwischen für das ganze deutsche Reich rechtskräftig geworden. Sie hat daher vielfach erweitert, und alle Interessen, auch der Süddeutschen, vertretend, fortgeführt werden müssen, und ist es als eine nicht gering ansehnliche Vollkommenheit derselben anzusehen, daß es möglich war, sich bei aller Bestimmtheit des Ausdrucks so bildsam erhalten zu haben. Es waren nur die später im „Reichsblatt“ veröffentlichten Bekanntmachungen an sehr verschiedenen Stellen der Aichordnung einzufügen, wenn man ein vollständiges, übersichtliches Ganze derselben gewinnen wollte. Die Verlagshandlung der königl. Geh. Oberbischöflichdruckerei (H. v. Decker) in Berlin hat dies durch kundige Hand ausführen lassen, und läßt jetzt die 2. Aufl. der Aichordnung für den nordd. Bund vom 16. Juli 1869 erscheinen. Preis 10 Sgr.

\* In Friedr. Schulze's Verlag (Berlin) ist der 4. Jahrgang (1873) des „Preuß. Termin- und Notizkalenders“ für Beamte des allg. Verwaltung und Verwaltung des Innern erschienen. Der sehr reichhaltige Inhalt ist diesmal noch vermehrt durch eine Vergleichungstabelle der neuen Maße und Gewichte, auch sind den Verzeichnissen der Behörden und Beamten die Namen sämtlicher Kreis- und Amtssekretäre hinzugefügt.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* **Delz-Gnesen.** Wie der „B. B.-Z.“ berichtet wird, beabsichtigt die Verwaltung der Rechten-Ober-Elber-Bahn neue Aktien bis zum Betrage von acht Millionen Thaler auszugeben, die das Kapital für den Bau der Bahn Delz-Gnesen liefern sollen.

\*\* **Fusionen österreichischer Bahnen.** Die Bestrebungen einer Reihe neuer österreichischer Eisenbahnen gehen jetzt dahin, ihre bisherige Rolle als bloße Mitglieder des Verkehrs mit jener großer Weltbahnen zu verlaufen. Mannigfache Vervollständigungen und Fusionen wurden deshalb angestrebt. Die Exerics-Tarnower Bahn strebt die Verschmelzung mit der Kaiserthum-Oderberger an, deren natürliche Fortsetzung sie ist, und die bezüglich der Verhandlungen sind bereits so weit gediehen, daß die förmliche Fusion beider Gesellschaften nur noch eine Frage der Zeit ist. Ebenso steht die Mährisch-Schlesische Zentralbahn im Begriffe, durch Verschmelzung mit der Fortsetzungslinie Troppau-Trentschin, durch welche sie den Anschluß an das Ungarische Eisenbahnnetz erlangt, sich in eine Weltverkehrsstraße zu verwandeln, und werden auch die Aktien der Troppau-Trentschiner Eisenbahn bereits als junge Mährisch-Schlesische auf den Markt gebracht werden. Endlich heist es, daß die österreichische Nordwestbahn in Unterhandlung stehe, um die Konzeption der Waagabahn an sich zu bringen und auf diese Weise gleichfalls einen Anschluß an die Ungarischen Bahnen zu gewinnen.

\*\* **Ueber die Lage des englischen Geldmarktes** schreibt der „Economist“ in seiner neuesten Nummer folgendes: Der Zustand des Marktes ist wenig verändert seit letzter Woche. Es sind allerdings 500,000 Pfd. von Paris hier eingetroffen, allein dies ist nur eine außergewöhnliche Zufuhr; von einer Wirkung der 6 pCt. Diskont als Zugmittel ist noch nichts verspüren. Die erwarteten amerikanischen Sendungen sind gleichfalls nur unbedeutend. Die Bankreserve ist gering, aus dem Innern kommt kein Geld, sondern nur neue Forderungen, und Deutschland wird sicher mehr Metall entnehmen, als uns aus den verschiedenen Quellen zufließen kann. Seit dem 2. Okt., wo der Zinsfuß auf 6 pCt. erhöht wurde, ist die Bankreserve von 9,022,000 Pfd. auf 9,059,000 Pfd. gestiegen, hat also nur um 37,000 Pfd. zugenommen, trotzdem drei Wochen lang in dieser Zeit der Zins 6 pCt. betrug. Theilweise ist diese Zunahme nur eine Folge der starken Zirkulation, welche immer im Anfang Okt. stattfindet. Der Metallvorrath betrug am 2. Okt. 21,156,000 Pfd., jetzt 20,013,000 Pfd., hat also um 1,143,000 Pfd. abgenommen. Der Zweck der Bank bei Erhöhung des Diskonts ist also bisher nicht erreicht, noch ist vorläufig irgend welche Aussicht dafür vorhanden. Allerdings hat sich die Reserve im Verhältnis zu den Verpflichtungen der Bank vermehrt und beträgt gegenwärtig 35 pCt., während sie in letzter Woche auf 33 pCt. stand. Allein Vergleiche dieser Art geben leicht ein falsches Bild. Deutschland macht starke Ansprüche und sämtliche kleinen Zufuhren werden sofort für dieses Land in Beschlag genommen. Die deutsche Regierung handelt zwar so nachsichtig wie möglich, allein es ist fraglich, ob wir auf diese Nachsicht rechnen dürfen, wenn Deutschland in der Ausprägung seiner Goldmünzen und der Einführung der Goldwährung gehindert werden sollte. Pflicht der Bank ist es daher, Gold an sich zu ziehen, und zu diesem Zwecke können wir nur empfehlen, den Zinsfuß noch weiter zu erhöhen.







